Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 32. **Bromberg, Sonnabend den 8. Februar 1930.** **54. Jahrg.**

Das, was in London niemand sagt.

Von Dr. Alphons Nobel.

Der Zeitungsleser sieht sich einer neuen Verwirrung gegenüber. Mühsam genug hat er gelernt, was Transfer sei. Es war nicht leicht, das zu begreifen, denn die Leute, die es wußten und darüber schrieben, waren zu stolz auf ihr neues Wissen, als daß sie es ohne weiteres preisgegeben hätten. Schließlich aber kam man dahinter. Transfer war die Übertragung der Reparationen bezw. der Annuitäten von deutscher in fremde Währung oder „populärer" und damit auch genauer ausgedrückt: Devisenkauf Deutschlands, um damit seine Tribute zu bezahlen.

Plötzlich lesen wir aber zu unserem grenzenlosen Erstaunen, daß es auch auf der Londoner Flottenkonferenz um Transfer geht. Wie das? Sollte Amerika auf die Idee verfallen sein, das Geld, das es bei seiner Rüstungsbeschränkung einspart, anderen Ländern mit kleinerer Flotte zu transferieren, damit diese mehr bauen können? Abgesehen davon, daß dies ein Unglück für alle Beteiligten und noch mehr für die Unbeteiligten wäre, verhält es sich auch nicht so. Nein, die errechneten Schiffstonnagen sollen, natürlich innerhalb des Bauprogramms derselben Nation, von einer Schiffsklasse auf die andere verrechnet werden können. Wenn also Englands Admiralität der Ansicht huldigt, es könne mit kleinen Kreuzern mehr Leute auf einmal totschießen als mit Torpedobooten, so darf es das, was es an Torpedobooten weniger baut, in kleinen Kreuzern anlegen. Und wenn die französische Rüstungsindustrie eine neue Waffengattung in U-Booten erfunden hat, die sich (für die Industrie) zu bauen lohnt, so wird Frankreich eben seine Bauaufträge für Kreuzerfabriken zurückziehen und sie den U-Boot-Werften gutschreiben. Das ist Flottentransfer.

Die Londoner Flottenkonferenz ist ein beredtes Beispiel dafür, wie uninteressant die wichtigsten Dinge sein können. Wahrscheinlich werden die Meldungen aus der Londoner Flottenkonferenz nur von drei Leuten gelesen: dem bedauernswerten Berichterstatter, dem beklagenswerten Redakteur und dem Setzer, dem es wahrscheinlich und mit Recht vollkommen gleichgültig ist, ob er einen Doppelselbstmord oder einen Zank zwischen Tardieu und Macdonald setzt. Wenn wir aber unsere Phantasie anstrengen, so sehen wir hinter den grauen Zahlen am grünen Tische im Buckingham-Palast zu London schreckliche, gespensterhafte Bilder. Nicht einen der geköpften englischen Könige, die sich in diesem Palaste vor ihrem unseligen Ende vergnügten, sondern die Drohungen künftiger Kriege. Die englische Schlachtkreuzerflotte fährt mit Volldampf unter ihren schwarzen Rauchfahnen, begleitet von unzähligen Flugzeugen, in den Ozean und stößt auf die eingenebelte Flotte der Amerikaner, und mit Hilfe von U-Booten, Torpedogeschossen, Bomben und Giftgasen richten sich die Nationen zu Grunde. Es ist durchaus möglich, daß die Welt so töricht ist, auf der Sensation eines richtigen Seekrieges zu bestehen, während man wohl mit Recht annehmen darf, daß seit dem Weltkriege alle Länder vom Landkriege, den Schützengräben und M. G.-Nestern genug haben. Aber da es im Weltkriege zu wirklich großen Seeschlachten nicht kam, steht dieses Schauspiel noch aus. Und jedem, der die Verhandlungen der Flottenkonferenz langweilig findet, sei geraten, sich den Film über die Schlacht bei den Falkland-Inseln anzusehen; so wird er einen schwachen Begriff von der Furchtbarkeit künftiger Seeschlachten erhalten.

Man mag nicht daran glauben, die Flottenabrüstungskonferenz finde statt, um diese Gefahren zu beseitigen; denn dann wären ja alle Mächte darin einig, daß vollständig abgerüstet werden solle und daß es überhaupt keine gepanzerten und kanonengespickten Schiffe mehr geben solle. Die Abrüstungskonferenz ist aber im Grunde eine Sparmaßnahme (obwohl sie als Konferenz wahrscheinlich mehr kostet als der gewiß kostspielige Wiener Kongreß). Hinter den Premierministern und Admirälen stehen nämlich die Finanzminister und rechnen aus, daß es unmöglich ist, das Geld für weitere Rüstungsmaßnahmen herbeizuschaffen, wenn es im bisherigen Tempo weitergeht. Nun einigen sich die Länder auf reihenweisen Abbau. Im Grunde ist dann die Gefahr natürlich die gleiche, obwohl es für das Land nicht gleichgültig ist, ob in einem künftigen Seekriege auf der amerikanischen wie auf der englischen Seite je 10 000 oder nur je 500 ertrinken.

Es ist selbstverständlich, daß im augenblicklichen sehr zähen Ringen um den Verteilungsschlüssel der Kriegsflotten jedes Land zwei Bestrebungen hat: erstens die Gesamtzahl der Rüstungen möglichst herabzusetzen (damit es an seinem Etat möglichst viel Geld spart); zweitens von der ausgerechneten Gesamtkriegsflotte der Welt das Recht zu einem möglichst großen Anteile zu erhalten. In den Verhandlungen darüber wird allen Beteiligten dauernd die Möglichkeit künftiger Kriege vorschweben, und es ist anzunehmen, daß den Unterhändlern ihre Reden sehr viel pikanter sind als ihre nachträgliche Lektüre den Lesern. Denn jeder der Redner, heiße er nun Stimson, Macdonald, Tardieu oder Grandi, wird sich zwischen seinen Worten sehr viel denken, was er nicht sagen kann. Wollte ein Dramatiker die Flottenkonferenz auf die Szene bringen, so müßte er die Akteure nach alter dramatischer Sitte „beiseite" reden lassen. Etwa so: Macdonald zu Tardieu (laut): „Wir wollen die U-Boote abschaffen, sie sind eine unmenschliche Waffe; (beiseite): vor allem aber können uns Eure unangenehm werden, wenn wir bei einem künftigen Kriege, um Euch auszuhungern, Eure Küste blockieren." Oder: der japanische Delegierte zu Macdonald (laut): „Wollen wir uns doch darauf einigen, beiderseits möglichst wenig leichte Kreuzer zu bauen, sie vermehren die Kriegsgefahr außerordentlich und stellen in Krisen immer eine Beunruhigung für Handelsflotten dar. (Beiseite): Vor allem aber wollt Ihr doch bloß kleine Kreuzer bauen, weil sie sehr schnell sind und Ihr uns damit bei Gelegenheit überfallen könnt. Wenn Ihr aber keine kleinen Kreuzer habt, dann werden wir Euch beim nächsten Kriege viel leichter Eure schönen Besitzungen in der Südsee wegschnappen können".

Man könnte die Londoner Flottenkonferenz „Gespräche über den künftigen Krieg" titulieren. Ob es ein englisch-amerikanischer ist, oder ein amerikanisch-japanischer, oder ein italienisch-französischer, oder ein gemeinsamer gegen Rußland, das ruht in der Zukunft Schoße. Niemand weiß es. Wir wollen hoffen, daß es keiner ist, der uns betrifft, und wünschen, daß er überhaupt nicht stattfindet.

Recht und Justiz.

Rede des Abg. Spitzer vom Deutschen Parlamentarischen Klub in der Plenarsitzung des Sejm vom 6. Februar zum Budget des Justizministeriums.

Hoher Sejm! Die diesjährigen Budgetdebatten sowohl in der Kommission wie auch im Plenum betrafen neben der Besprechung der technischen Budgetfragen in erster Linie die

Abrechnung der Volksvertretung mit der vorherigen Regierung,

und das bedeutet mit dem Regierungssystem der letzten Jahre, denn die Regierung des Herrn Switalski war nur ein besonders starker Ausdruck dieses Systems. Unter den Klagen, welche über die Amtsführung der einzelnen Ministerien vorgebracht worden sind, waren am lautesten die Klagen über die Amtsführung des Justizministers der früheren Regierung. Von allen seinen Kollegen hatte **Herr Car zweifellos die schlechteste Presse.** Es erklärt sich das nicht nur aus dem besonderen Talent, welches Herr Car ohne Frage in der Anwendung des sog. „Nach-Mai"-Regierungssystems zeigte, sondern auch vor allem aus der Anschauung, daß gerade auf dem Platz des Innenministers die Anwendung dieser Methoden am wenigsten angebracht ist, daß der Justizminister im Gegenteil derjenige sein solle, der solchen Tendenzen unbedingten Widerstand zu leisten habe.

Wir haben die Klagen gehört, daß die Anwendung eines solchen Systems von oben die

Gerichte demoralisiert und ihre Unabhängigkeit erschüttert hat.

Die Gerichte haben, wie der Herr Referent bemerkt hat, diejenige Freiheit und Unabhängigkeit verloren, welche die Hauptbedingung für gerechte Urteilsfällung ist. Mit Recht hat auch der Herr Referent darauf hingewiesen, daß die Erschütterung der Unabhängigkeit der Gerichte, vor allen Dingen bei der **Bestätigung der Pressekonfiskationen** sichtbar wird.

Es waren das Klagen aus dem Mund von Vertretern der polnischen Parteien. Kann jemand erwarten, daß wir, die Minderheiten, durch ein solches System nicht getroffen worden sind? Es bedarf keiner Antwort auf eine solche Frage, denn es ist klar, daß, wenn jemand, dann gerade die Minderheiten derjenigen Garantie bedürfen, die gebildet wird von einem Gerichtswesen, das vollständig unabhängig, vollständig apolitisch ist und das sich als einzige Aufgabe die Verteidigung des Rechtes stellt.

Die Geschichte der deutschen Minderheit ist seit Beginn des Bestehens des polnischen Staates erfüllt mit Versuchen der Regierungen zum Zwecke der Diskreditierung unserer kulturellen Arbeit durch Anklage der Vertreter dieser Minderheit wegen staatsfeindlicher Tätigkeit. Wir fürchten diesen uns aufgedrungenen Kampf nicht. Und er wird niemals den von ihm erhofften Erfolg haben, wenn wir auf eine unabhängige Gerichtsbarkeit rechnen können, die nicht erlaubt, daß man aus ihr ein Instrument des politischen Kampfes macht.

Diese Garantie, die für uns eine unabhängige Gerichtsbarkeit bildet, war unter den vorherigen Regierungen bedroht. Ich will mich darüber nicht näher auslassen, denn erstens hatte ich bereits zweimal in der letzten Zeit Gelegenheit, mich von dieser Tribüne mit verschiedenen politischen Prozessen zu beschäftigen, die gegen Vertreter der deutschen Minderheit begonnen, aber nicht beendet worden sind, und zweitens erlaubt es die Zeit nicht. Ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Veränderung an der leitenden Stelle im Justizministerium allen Versuchen, die Rechtspflege als ein Instrument für den politischen Kampf zu benutzen ein für alle Mal ein Ende bereitet.

Wenn ich jetzt zu der Besprechung der sozusagen technischen Seite der Rechtspflege übergehe, dann will ich ganz und gar nicht leugnen, daß Anstrengungen zu einer Verbesserung der Lage gemacht werden. Trotzdem bleibt diese Lage weiterhin anormal und unbefriedigend. Der hauptsächlichste Vorwurf an die Adresse der **Gerichtsbarkeit bleibt weiterhin ihre außerordentliche Langsamkeit.** Ich kenne den Fall eines Untersuchungsgefangenen, der gegenwärtig das dritte Jahr der Untersuchungshaft beendet, ohne daß bisher ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, und man kann annehmen, daß noch ein Jahr bis zum rechtskräftigen Urteil vergeht. (Zuruf: Wer ist das? Antwort: Ich kann diesen Fall an dieser Stelle nicht näher erläutern, wenn Sie sich für ihn interessieren, dann bin ich bereit, Ihnen denselben später ausführlich zu erläutern. Anderer Zuruf: Der Fall war in der Revision? Antwort: Gewiß, es waren sogar zwei Revisionen. Ich bin jedoch der Meinung, daß sogar zwei Revisionen im Verlauf von drei Jahren hätten schneller erledigt werden können. Außerdem ist zu bemerken, daß diese Revisionen durch die Abneigung des Gerichts erster Instanz, Entlastungszeugen zu vernehmen, nötig geworden sind, so daß das Höchste Gericht das Urteil aus diesem Grunde aufheben mußte. (Zuruf: Das ist ein vereinzelter Fall. Antwort: Nein, das ist kein vereinzelter Fall.)

Die Dauer eines gewöhnlichen Zivilprozesses ist auf Jahre anzusetzen, und sofern es sich um verwickelte Sachen handelt, besteht fast keine Aussicht, das Urteil zu erleben.

Ich will nicht so weit gehen, wie der Herr Referent, und behaupten, daß das Tempo der Rechtspflege sich immer mehr verschlechtert; bezüglich des früheren preußischen Teilgebiets wenigstens kann man das nicht behaupten; aber in jedem Falle ist es wenig besser geworden. Es ist das eine sehr traurige Erscheinung. Denn es muß mit aller Entschiedenheit betont werden, daß eine schnelle Rechtspflege eine der hauptsächlichsten Bedingungen für ein gesundes Wirtschaftsleben bildet. Die Langsamkeit der Rechtspflege hemmt die Entwicklung der Kreditverhältnisse, denn ungern erteilt man Kredit, den man im Falle schlechten Willens auf seiten des Schuldners nicht schnell und ohne Schwierigkeiten realisieren kann. Diese Langsamkeit schadet unendlich der ehrlichen Kaufmannschaft, die gegen unehrliche Elemente wehrlos ist, deren es leider zuviel gibt. Es sind dies keine neuen Dinge; man muß sie jedoch wiederholen, da das Ministerium, wie es scheint, die Bedeutung dieser Frage nicht genügend würdigt.

Zur Verbesserung der Situation würde eine größere Rationalisierung der Arbeit beitragen. Mit Recht hat mein Vorredner das ständige Vertagen der Prozeßsachen erwähnt, das unnötig ist und das außerdem vollständig unnötige Arbeit schafft. Ich bin der Meinung, daß in dieser Richtung ein großer Fortschritt möglich ist. Außerdem ist unbedingt für ausreichende Besetzung der betreffenden Beamtenetats zu sorgen, was bisher nicht der Fall ist. Zu diesem Zwecke ist die

Der Deutsche Klub zur Lage der Altpensionäre.

Warschau, 6. Februar. Im Laufe der Beratungen über den „Etat der Pensionen und Renten" ergriff im Sejmplenum auch der **Abg. Piesch** vom Deutschen Parlamentarischen Klub das Wort zu folgenden Ausführungen:

Hoher Sejm! Ich möchte von dieser Stelle herab die Frage der Pensionäre der früheren Teilungsmächte berühren. Auf Grund des Pensionsgesetzes vom Dezember 1923 sollen diese Pensionäre 75 Prozent der Pension der polnischen Pensionäre erhalten. Infolge der Ausführungsverordnung zum Pensionsgesetz, die vom Minister Grabski erlassen wurde, beziehen aber diese Pensionäre, ihre Witwen und Waisen nur 20 bis 30 Prozent. Daraus folgt, daß sie sehr geschädigt sind, in großer Not leben und viele von ihnen Hungers sterben. **Es ist Pflicht des Polnischen Staates, für alle seine Bürger zu sorgen.** Die Ausführungsverordnung des Ministers Grabski ist daher eine Aufhebung der Bestimmungen des Pensionsgesetzes.

Die Organisationen der Altpensionäre bitten schon seit Jahren um die Aufhebung dieser schädigenden Artikel der Ausführungsverordnung. Im Namen der Menschlichkeit und Moral wende ich mich an den Hohen Sejm mit der Bitte, sich der Angelegenheit anzunehmen und so schnell als möglich zur Behandlung und Erledigung des entsprechenden Antrages zu schreiten, der seinerzeit vom Deutschen Parlamentarischen Klub eingebracht wurde.

Gleichzeitig ersuche ich den Herrn Landwirtschaftsminister um eine gerechte Anwendung des Pensionsgesetzes auf die Pensionäre der früheren Teschener Kammer.

Verbesserung der Lage der richterlichen und anderen Beamten

notwendig; denn bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge verläßt die Mehrzahl der jungen Kräfte nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes den Staatsdienst. Wenn der Herr Minister soeben der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß keine Not um junge Kräfte sei, so ist das ein Optimismus, der in der tatsächlichen Lage keine Stütze findet. Denn im früheren preußischen Teilgebiet wenigstens kann man bemerken, daß ein jeder, sobald er seine zwangsweisen zwei Jahre abgedient hat, den Staatsdienst verläßt, und daß nur wenige im Staatsdienst verbleiben. In Zukunft werden nicht nur alte, sondern vor allen Dingen junge Kräfte fehlen. Der Hinweis auf die finanzielle Lage ist als eine absolut unzureichende Entschuldigung anzusehen, denn jeder hier ersparte Groschen bewirkt einen hundertmal größeren Verlust im Wirtschaftsleben, wenn auch dieser Verlust sich ziffernmäßig nicht erfassen läßt.

Die Hebung der Lage der richterlichen Beamten wird auch ohne Frage dazu beitragen, das Niveau der Rechtsprechung zu heben, das vorläufig viel zu wünschen übrig läßt. Und die Hebung dieses Niveaus wird wiederum zur Entlastung der höheren Instanzen beitragen.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Zwangsvollstreckung zuzuwenden, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis leider eine sehr wichtige Rolle spielt. Es ist auf diesem Gebiet von den Gerichten und anderen Organen der Zwangsvollstreckung außer schneller Arbeit starkes Verständnis für die Lebens- und wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu fordern. Die Folge der Mängel auf diesem Gebiete ist oft der unzureichende Schutz des ehrlichen Verkehrs gegen aller Art unehrliche Machenschaften, die sich auf keinem Gebiete des Lebens so breitmachen, wie auf diesem.

Der Deutsche Parlamentarische Klub wird mit besonderer Aufmerksamkeit die weitere Entwickelung auf dem Gebiete der Rechtspflege verfolgen, und von der zukünftigen Tätigkeit des Justizministeriums wird in erheblichem Maße die Stellung des Klubs zur Regierung abhängen.

Der PAT-Skandal.

Warschau, 6. Februar. (Eigene Meldung.) Zu Beginn der gestrigen Plenarsitzung des Sejm verlas der Sejmmarschall ein Schreiben des Ministerpräsidenten Prof. Dr. **Bartel, in welchem dieser mitteilte, daß er im Zusammenhange mit der an dem Informationsdienst der Polnischen Telegraphen-Agentur geübten Kritik Ermittlungen angestellt habe, die zur Folge hatten, daß die Redigierung der Radio-Communiqués von nun ab den politischen Redakteuren der PAT übertragen wurde, die gleichzeitig die Anweisung erhielten, die Grundsätze der Objektivität aufs Genaueste innezuhalten.** Im Anschluß daran gab der Sejmmarschall **folgende Erklärung ab:**

„In dem kritisierten PAT-Bericht befindet sich die Behauptung des Abg. Kozłowski (Regierungsklub), daß der Sejmmarschall einen Dispositionsfonds hat. Unverständlich ist es aber, daß der Bericht nicht erwähnt, daß der Senatsmarschall über denselben Fonds verfügt. Der Dispositionsfonds hat seine charakteristischen Merkmale, denn er unterliegt nicht der Kontrolle der Obersten Kontrollkammer. Dies hat vorgestern sowohl der Referent als auch der Vizemarschall Czetwertyński festgestellt, doch in dem PAT-Bericht wurde dies vollkommen verschwiegen. Auch gestern begnügte sich die PAT damit, festzustellen, daß Herr Dąbski und Herr Czetwertyński gesprochen hatten. Beide konnten sich diesmal allerdings nicht benachteiligt fühlen, da die Ansprache des Ministerpräsidenten nur mit den Worten: „Herr Ministerpräsident Bartel hat gesprochen", abgetan wurde. Was er gesprochen hat, das wurde verheimlicht.

Wir sind in der ziemlich originellen Lage, daß die gesetzgebende Körperschaft, die zentrale staatliche Institution von der PAT ganz einseitig und parteiisch behandelt wird. Wie ist dem abzuhelfen? Eine Abhilfe ist zwar in einem der Anträge enthalten, von denen hier zu sprechen nicht meine Sache ist. (Zuruf: „Das einzige Mittel!" — Es handelt sich um den Antrag des Abg. Dąbski auf Streichung des Fonds für die PAT. Die Red.) In der Tat gibt es selten einen Staat in der Welt, wo eine staatliche, untergeordnete, redaktionelle Institution systematisch (Zuruf: lügt!) — ich werde nicht sagen „lügt", sondern den wahren Verlauf der Sejmberatungen verheimlicht. Was für einen Rat gibt es dagegen? Man wird sich vielleicht mit einer Petition an einen der ehemaligen Ministerpräsidenten wenden müssen, der eine solche Protektion hat, daß seine privaten Reden in Extenso durch die PAT verbreitet werden. Dies wächst zu einem solchen Skandal aus, daß ich es für meine Pflicht hielt, dies festzustellen."

*

Eigentlich ist die ganze Affäre nicht frei von charakteristischen Momenten. Der Ministerpräsident Prof. Bartel möchte gerne, sehr gerne, aber ... Direktor der PAT ist Major Starzyński, ein Mann aus dem intimsten Oberstenkreise ... Das erklärt alles.

Das Schicksal des Pressedekrets.

Warschau, 6. Februar. Die vom Sejm beschlossene Novelle zu den Bestimmungen über die Herausgabe des „Dziennik Ustaw" befindet sich gegenwärtig in der Juristischen Kommission des Senats und wird in den allernächsten Tagen dem Plenum zugeleitet werden. Am 12. d. M. soll im Plenum der Senatssitzung über diese Novelle entschieden werden, die bekanntlich in engem Zusammenhange mit der verpflichtenden Kraft des gegenwärtigen Pressedekrets steht.

*

Zwei neue Gesetzentwürfe im Sejm.

Warschau, 6. Februar. Der Ministerrat hat gestern zwei Gesetzentwürfe im Sejm eingebracht und zwar einen Gesetzentwurf über den Exportfonds, der zur Unterstützung der Ausfuhr von Waren, die im Inlande hergestellt werden, Verwendung finden soll, und einen Gesetzentwurf über eine einmalige Beihilfe für die Staatsbeamten, Richter und Prokuratoren, für das Militär, die Pensionäre, Witwen und Waisen. Diese Beihilfe soll ein Drittel der Differenz zwischen dem im Jahre 1928 ausgezahlten Wohnungsgeldzuschuß und der Höhe des Zuschusses betragen, der im Jahre 1928 zur Auszahlung gekommen wäre, wenn die Zahlung des erhöhten Wohnungsgeldzuschusses Ende 1925 nicht inhibiert worden wäre.

*

Neues Verfassungsreformprojekt.

Warschau, 5. Februar. In der gestrigen Sitzung der Verfassungskommission kündigte der Präses der Christlichen Demokratie, Abg. Chaciński, an, daß die drei Zentrumsparteien in der kommenden Woche ein eigenes Projekt für die Verfassungsänderung vorlegen werden.

Antwort an Ostpreußen.

Ein amtlicher Kommentar über die Bedeutung des deutsch-polnischen Liquidations-Abkommens.

Berlin, 6. Februar. (PAT.) In Entgegnung auf den Aufruf der ostpreußischen Wirtschaftskreise, der sich gegen das Warschauer Abkommen richtet, veröffentlicht das Wolff-Bureau eine Mitteilung, worin es sich auf die Erklärungen der deutschen maßgebenden Kreise beruft und darauf hinweist, daß der ostpreußische Aufruf sich auf eine ganze Anzahl irriger Voraussetzungen stützt und zu einer falschen Beurteilung des Warschauer Abkommens vom 31. Oktober 1921 führt. Das Wolff-Bureau betont dann, daß es in dem Warschauer Abkommen sich durchaus nicht darum handelt, Polen Hunderte von Millionen Mark zuzuerkennen, wie dies der Aufruf behauptet.

Die finanziellen Leistungen waren in dem Abkommen nicht Polen, sondern den deutschen Staatsangehörigen zuerkannt worden, die an den polnischen Staat herangetreten sind, um für die durch Polen durchgeführte Liquidation Zusatzentschädigungen zu erlangen. Die seit Jahren beim Gemischten deutsch-polnischen Schiedsgericht anhängigen Prozesse hätten für die deutschen Gläubiger zu keinem Ergebnis geführt; diese Gläubiger sollen erst jetzt von der Deutschen Regierung eine Entschädigung erhalten (zu deren Zahlung aber bisher Polen verpflichtet war — D. R.) Was den Vorwurf anlangt, daß die Reichsregierung so große finanzielle Verpflichtungen zu einer Zeit auf sich nimmt, da sie entsprechende Hilfsmittel für die Ostgebiete Deutschlands bereitstellen soll, so weisen die maßgebenden Kreise darauf hin, daß die Reichsregierung und die Preußische Regierung im Laufe der letzten Jahre Hunderte von Millionen für Ostpreußen aufgewandt haben.

Nach einer Aufzählung dieser Hilfsmaßnahmen heißt es in der Mitteilung des Wolff-Bureaus weiter:

Die Behauptung des Aufrufs, als ob Deutschland durch die Unterzeichnung des Warschauer Abkommens sich jeder Möglichkeit begeben hätte, durch Vertrag die Korridorfrage zu lösen, bezeichnen die deutschen maßgebenden Kreise als durchaus nicht gerechtfertigt und vollständig irrig. Das Warschauer Abkommen befaßt sich, wie es in der Wolffschen Mitteilung weiter heißt, mit der Finanzfrage und mit denjenigen Angelegenheiten, die für die Erhaltung des deutschen Elements in Polen von Bedeutung sind. Das Problem der deutsch-polnischen Grenzen ist auch nicht von weitem in dem Abkommen berührt worden, das daher auch der Reichsregierung für die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Politik hinsichtlich der Frage der Ostgrenzen keine Schwierigkeiten bietet.

Die nationalistische Berliner Presse kritisiert die Annahme des Warschauer Abkommens durch den Reichsrat.

Polen und die Sanktionen.

Berlin, 6. Februar. (PAT) An einen kürzlich im „Tag", erschienenen Artikel des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten von Freytag-Loringhoven anknüpfend, in dem es heißt, daß Polen auf Grund des Haager Abkommens das Recht eingeräumt worden sei, Sanktionen gegenüber Deutschland in dem Falle anzuwenden, sofern die Deutsche Regierung ihre Verpflichtungen nicht erfüllen sollte, stellt ein halbamtliches Communiqué fest, daß auf der Haager Konferenz die Sanktionen aufgehoben worden sind, und daß daher das Recht auf Anwendung von Sanktionen nicht mehr besteht. Im übrigen ist die Verständigung in der Frage der Sanktionen nur von den sechs Großmächten unterzeichnet worden, unter denen sich Polen nicht befindet.

Verfrühte Dreibund-Gerüchte.

Neue Phase der deutsch-italienischen Freundschaft.

Wien, 6. Februar. (PAT) Aus Anlaß der Reise des Kanzlers Schober nach Rom veröffentlicht das „Neue Wiener Journal" folgende Informationen aus Berlin:

„Die Reise des Kanzlers Schober bedeutet eine neue Phase in der Entwicklung der deutsch-italienischen Freundschaft. In Deutschland erkennt man an, daß Italien in den letzten europäischen Konferenzen auf der Seite der deutschen Freunde gestanden und des öfteren dazu beigetragen hat, daß die politische und wirtschaftliche Liquidierung des Krieges in der Weise durchgeführt werde, in der auch die deutschen Forderungen auf die Gleichberechtigung Deutschlands in Europa Berücksichtigung finden könnten. Italien ließ sich nicht in den Ring der Westmächte hineinziehen. Ein italienisch-österreichisch-ungarisches Bündnis, dem sich später Deutschland anschließen würde (das wäre dann wieder der alte Dreibund! D. R.), hält man in Berlin noch für eine Zukunftsmusik, um so mehr als Deutschland noch eine ganze Reihe von Problemen im Osten zu lösen hat, bevor es an die Lösung der Probleme Mitteleuropas herantritt.

In Berlin ist man sich dessen bewußt, daß die Reise des Kanzlers Schober nach Rom aus dem Grunde bezeichnend ist, weil die Annäherung zwischen der österreichischen und der italienischen Politik eine Hilfe zur Anbahnung einer nicht nur konventionellen deutsch-italienischen Freundschaft sein könnte. Das praktische Ziel dieser Politik wäre die künftige wirtschaftliche Expansion Deutschlands in Süd- und Südosteuropa.

Schober über seine Konferenzen in Rom.

Wien, 6. Februar. (PAT.) In einer Unterredung mit dem römischen Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" sagte Bundeskanzler Schober, daß er die Ergebnisse seiner bisherigen Konferenzen in Rom als positiv bezeichnen könne. Es sei ihm gelungen, verschiedene Hindernisse in den österreichisch-italienischen Beziehungen zu beseitigen. (Hoffentlich auch die unerhörte Behandlung der Deutschen in Südtirol. D. R.) Die dank der Unterstützung Italiens im Haag erreichten Ergebnisse würden eine neue wirtschaftliche Ära ermöglichen. Es sind, so schloß Herr Schober, viele Jahre nach dem Kriege vergangen, bevor die europäischen Mächte zu der Überzeugung gelangten, daß die wirtschaftliche Hilfe auf der Änderung der europäischen Zoll- und Wirtschaftspolitik beruhe, daß man den Krieg liquidieren und den sogenannten besiegten Staaten die volle wirtschaftliche Freiheit geben müsse.

Unterzeichnung eines italienisch-österreichischen Vertrages.

Rom, 6. Februar. (PAT) Mussolini und Bundeskanzler Schober unterzeichneten heute einen Freundschaftsvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Österreich und Italien. Der Text des Vertrages wird nach der Rückkehr Schobers nach Wien veröffentlicht werden.

Die gesamte hiesige Presse betont die Bedeutung des italienisch-österreichischen Vertrages für den Frieden und für das im Gebiet der Donau liegende Europa. Es geht das Gerücht, Österreich werde als Gegenleistung für die Verkehrskonzessionen einen freien Gebietsstreifen im Triester Hafen erhalten.

Sensationelle Erfindungen.

Rom, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die in einem Berliner Blatt verbreiteten öffentlichen tendenziösen Meldungen über den angeblichen Inhalt des österreichisch-italienischen Vertrages, wonach **Österreich auf Südtirol und den Anschluß an Deutschland verzichtet** habe und wonach sich beide Partner gegenseitige militärische und politische Unterstützungen zugesichert hätten, sind **sensationelle Erfindungen,** die um so bedauerlicher sind, als sie keinen anderen Zweck zu verfolgen scheinen, als die Trübung des Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland und den Staaten Mittel- und Osteuropas. Zu diesen Veröffentlichungen wird an zuständiger österreichischer Stelle erklärt, daß sie aus der Luft gegriffen sind. Wie der Bundeskanzler noch gestern den Vertretern der österreichischen und deutschen Presse gegenüber ausdrücklich erklärt hat, gleicht der in Rom unterzeichnete Freundschafts-, Schiedsgerichts- und Ausgleichsvertrag im großen und ganzen den Freundschafts- und Schiedsgerichtsverträgen, die Österreich bekanntlich mit zahlreichen anderen Staaten abgeschlossen hat. Der Vertrag wird am Mittwoch gleichzeitig in Wien und in Rom veröffentlicht werden. Vorher sind alle Mutmaßungen über seinen Inhalt hinfällig.

Anschlag auf den mexikanischen Präsidenten

Newyork, 6. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) **In Mexiko City herrscht infolge des Anschlages auf den neuen Präsidenten Portez Rubio, der am Tage der Einführung in sein hohes Amt erfolgte, wilde Erregung.** Der Täter gab beim Verhör drei verschiedene Namen an. Es scheint jedoch sicher zu sein, daß er aus San Luis stammt und Daniel Salazar heißt. **Er gestand, daß der Anschlag von dem unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Vasconcelos angestiftet wurde, der sofort nach der Ermordung das gesamte Kabinett unschädlich machen und die Regierungsgewalt an sich reißen wollte.**

Über die Tat selbst wird noch bekannt, daß insgesamt sechs Schüsse auf Rubio abgegeben wurden. Einer davon streifte die Frau Rubios am Kopfe, ein anderer verletzte das Ohr der Nichte des Präsidenten, er selbst wurde an einer Backe verletzt. Durch Glassplitter wurden die übrigen Insassen des Wagens leicht verwundet. Der Täter leistete bei der Verhaftung keinen Widerstand. Außer ihm wurden noch sieben andere Verdächtige verhaftet.

Sofort nach dem Anschlag wurden der Kriegszustand und die Telegrammsperre verhängt, aber zwei Stunden darauf wieder aufgehoben.

*

Zum Anschlag auf Portez Rubio.

London, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In Mexiko Stadt wurde gestern eine Anzahl weiterer Personen unter dem Verdacht, an dem Anschlag auf den Präsidenten Rubio beteiligt gewesen zu sein, verhaftet. Der frühere Präsident Portez Gil erklärte, die Regierung sei fest entschlossen, bei der Durchführung ihrer Politik, namentlich auch auf sozialem Gebiet, eine feste Hand zu zeigen.

Der Attentäter ist, wie nun feststeht, ein Parteianhänger des geschlagenen Präsidentschaftskandidaten Vasconcelos. Dieser veröffentlicht von Los Angeles aus eine Erklärung, in der er den Anschlag als eine Folge der blutigen Herrschaft von General Calles bezeichnet, die Verwundung von Präsident Rubio aber mit Hinweis darauf bedauert, daß dieser lediglich ein Werkzeug von Calles sei.

Ankunft Sacketts in Berlin.

Am Mittwoch abend ist der neue amerikanische Botschafter Sackett in Begleitung seiner Gattin mit dem fahrplanmäßigen Zuge 5 Uhr 17 Minuten auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eingetroffen. Der Botschafter, den der amerikanische Geschäftsträger Wiley in Hoek van Holland abgeholt hatte, wurde von den Mitgliedern der amerikanischen Botschaft in Berlin und namens der Reichsregierung von Graf Tattenbach empfangen. Außerdem war zur Begrüßung der Reparationsagent mit seiner Gattin erschienen. Der Botschafter begab sich unmittelbar nach seiner Ankunft in das Hotel Esplanade, wo er voraussichtlich für etwa einen Monat Wohnung nehmen wird.

*

Taft schwer erkrankt.

Washington, 6. Februar. (PAT.) Der Gesundheitszustand des ehemaligen Präsidenten Taft hat sich sehr verschlechtert, was aus der Tatsache geschlossen werden muß, daß nach Anweisung des Präsidenten Hoover in Zukunft die Krankheitsberichte vom Weißen Hause aus zur öffentlichen Kenntnis gegeben werden sollen.

2. Blatt.

Deutsche Rundschau.

Nr. 32.

Bromberg, Sonnabend den 8. Februar 1930.

Pommerellen.

Deutsches Konsulat für Pommerellen.

Dem Deutschen Konsulat in Thorn ist Herr Vizekonsul Dr. Bock zur kommissarischen Beschäftigung zugeteilt worden. — Herr Bock, welcher früher bei den deutschen Vertretungen in Athen und Leningrad tätig gewesen ist, war in den letzten drei Jahren im Auswärtigen Amt in Berlin beschäftigt.

7. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

× **In einer Zusammenkunft deutscher Bürger,** die am Mittwoch abend im kleinen Saale des Gemeindehauses stattfand und die von Herrn Buchhändler Kriedte geleitet wurde, gab zunächst Stadtverordneter Duday einen Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordneten in der seit der Neuwahl des Kollegiums verflossenen kurzen Zeit. Der Referent warf einen Rückblick auf den Verlauf der letzten Stadtverordnetenwahl, bei der die Deutschen ihren alten Besitzstand (7 Mandate) wiedererhalten haben, legte die Zahl, Art und Zusammensetzung der einzelnen sechs Fraktionen dar, berichtete über den Verlauf der Wahl des Kollegiumsvorstandes, in dem die Deutsche Fraktion leider unvertreten geblieben ist, sowie der Kommissionen, die — mit Ausnahme der Kommission für Kunst und Kultur (bei welcher die polnischen Parteien, ebenso wie es auch anderwärts der Fall ist, sonderbarerweise die Mitarbeit eines deutschen Mitgliedes für unerwünscht halten!) — auch je einen Vertreter der Deutschen Partei aufweisen, und machte zum Schluß in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kommission für das Elektrizitätswerk einige Mitteilungen über die wirtschaftlichen Ergebnisse dieses Werkes nebst Straßenbahn sowie des Wasserwerkes. Stadtverordneter Haak, der Mitglied der Fürsorgekommission ist, berichtete kurz über Beratungen dieser Kommission, die sich besonders mit der Art des Vertriebes der zugunsten der Arbeitslosen ausgegebenen, in Restaurants, Cafés usw. zum Verkauf zu bringenden Marken zum Preise von je 10 Groschen befaßt. In öffentlichen Gebäuden sollen diese Marken nicht zum Vertrieb gelangen. Die Arbeitgeber werden sie zwecks Unterbringung an ihre Beschäftigten bei den Lahnzahlungen überweisen. Studienrat Heidelck aus Bromberg, der zu der Besprechung erschienen war, gab in einem eingehenden Vortrage in sehr interessanter Weise einen geschichtlichen Rückblick auf das Werden und Wirken der Organisationen des Deutschtums von dem Umschwung der politischen Gestaltung an. Im Laufe der Versammlung wurden dann noch manche Wünsche geäußert, wie z. B. öftere engere Fühlungnahme der deutschen Abgeordneten mit ihren Wählern, damit diese in persönlicher Aussprache besser ihre Wünsche zum Ausdruck bringen können. *

× **Immer wieder eingeschlagene Schaufensterscheibe.** In dem Laden des Kaufmanns Czaplicki, Culmerstraße (Chełmińska) 26, wurde nachts die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Die Täter müssen verscheucht worden sein, da von dem Inhalt des Schaufensters nichts gestohlen wurde. *

× **Nach dem Donnerstag-Polizeirapport** sind der Kaufmannsfrau Martha Bojanowska, Kasernenstraße (Koszarowa) 24, Konfitüren im Werte von 100 Złoty, Felix Fritz, Lindenstraße (Lipowa) 68, Regenwasserrohre im Werte von 20 Złoty, und Henryk Prange im Nachbardorfe Neudorf (Nowawies) durch ihm bekannte Täter Lebensmittel im Werte von 200 Złoty gestohlen worden. — Festgenommen wurden fünf Personen, darunter ein Bettler und ein Dieb. Wegen Überschreitung sittenpolizeilicher Vorschriften waren 6 Protokolle zu schreiben. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Die Vorbereitungen zum Bühnen-Maskenball am Rosenmontag, dem 3. März, „Mit Zeppelin nach dem Nordpol", sind in vollem Gange. Für die Einstudierung der Tänze ist Frau Goltz-Brede vom Stadttheater in Danzig gewonnen, die dort alle Tanz-Aufführungen einübt. Drei Tänze werden von hiesigen Damen ausgeführt werden; es wird die jungen Damen natürlich reizen, unter einer so bekannten Tanzmeisterin zur Geltung zu kommen und es werden hierfür viel Meldungen einlaufen. Die Bühnenleitung wird jedoch zuerst die bisherigen Mitwirkenden und Damen von Mitgliedern der Deutschen Bühne und der Gemeindehausverwaltung berücksichtigen. Am Montag, dem 10. d. M., werden im Gemeindehause abends 7½ Uhr die Meldungen zu den Tänzen entgegengenommen werden. Es wird auch auf die Anzeige in dieser Nummer hingewiesen. (1924 *

Thorn (Toruń).

Vom Wappen der Stadt Thorn.

Die Frage des Siegels der Stadt Thorn ist durch eine Verordnung des Ministeriums des Innern aktuell geworden. Die Angelegenheit stellt sich kompliziert genug dar und wird der Gegenstand der Beratung einer besonders gebildeten Kommission sein. Letzterer gehören folgende Herren an: Stadtrat Tempski, der Kustos des Museums, Gwido Chmarzyński, Dr. Sochaniewicz und Pfarrer Mańkowski. Aufgabe der Kommission wird das Durchdenken und die Festsetzung der Art der graphischen Darstellung des Wappens auf dem Magistratssiegel sein. Die Prüfung geht nach zwei Richtungen: 1. Grundlagen über den archäologischen Wert. und 2. Berücksichtigung der künstlerischen Seite. Das Wappen der Stadt Thorn trat in den verschiedenen Epochen in verschiedener Gestalt auf. Von den zahlreichen Motiven verdienen 4 besonders Erwähnung, welche den Ausgangspunkt für die Prüfung der Kommission bilden werden. Die älteste Form des Siegels datiert vom 21. September 1280. Es stellt die Mutter Gottes mit dem Jesuskinde auf dem Thron im architektonischen Bau dar. Eine andere Form ist das Wappen mit dem Bilde des heiligen Johannes. Die dritte Form stellt das Tor der Stadt mit drei Türmen aus dem 14. Jahrhundert dar. Dieses Motiv tritt in den Münzen aus der Zeit des Königs Jagiellończyk nach dem Jahre 1454 auf. Die letzte Form ist ein Engel, welcher in der Hand einen Schild mit dem Stadttor hält. Diese Form hat sich bis heute erhalten.

Als zur Zeit des Bürgermeisters Stroband im 17. Jahrhundert das Rathaus restauriert wurde, wurden am Portal zum Eingang des Sitzungssaales Wappen in den erwähnten Formen des berühmten Danziger Malers A. Möller angebracht.

Der Ausgangspunkt für die Prüfungen der Kommission können die Münzensammlungen sein, die sich im Besitze des Thorner Museums befinden. Bemerkenswert ist ein Taler aus der Zeit des Königs Wladislaus IV. (Jahr 1639) mit der Abbildung eines Engels.

Das Ergebnis der Diskussion der Kommission wird dem Ministerium des Innern mitgeteilt und zur Bestätigung unterbreitet werden. * *

v. **Der Magistrat zahlt Arbeitslosen-Unterstützungen.** Das Wohlfahrtsamt beim Magistrat hat im Laufe der letzten Tage 16 000 Złoty Arbeitslosen-Unterstützungen ausgezahlt. Die vom Magistrat für diesen Zweck bestimmte Summe beläuft sich im ganzen auf 22 000 Złoty. * *

* **Einer unfreiwilligen Besteuerung** müssen sich diejenigen Firmen unterwerfen, die auf dem hiesigen Stadtbahnhof Waren zur Beförderung als Bahnbagage bzw. Bahnexpreß aufliefern. Ohne daß die Boten um ihr Einverständnis gefragt werden, das sie meistenteils wohl auch gar nicht geben könnten, wird auf die betreffenden Begleitpapiere eine Wohlfahrtsmarke zum Kampfe gegen die Tuberkulose aufgeklebt, für die sodann 10 Groschen bezahlt werden müssen. Diese Art der Spendensammlung erscheint uns höchst unzulässig, zumal der Expeditionsbeamte ja gar nicht wissen kann, ob die aufgebende Firma nicht bereits selbst einen Betrag für diesen sehr guten Zweck gezeichnet hat. Sie steht auch in offenbarem Gegensatz zu dem letzthin bekanntgewordenen Rundschreiben des Innenministers, der darauf hingewiesen hat, daß die Erhebung irgendwelcher zusätzlicher Gebühren, die sich nicht auf die verpflichtenden Bestimmungen stützen, unzulässig ist und unbedingt zu unterbleiben hat. * *

Culmsee (Chełmża).

v. **Das hiesige Standesamt** registrierte in der Zeit vom 1. bis 31. Januar d. J. 22 Geburten (13 Knaben und 9 Mädchen). Die Zahl der Sterbefälle betrug in derselben Zeit 15 (darunter 3 Kinder unter 1 Jahr) und die Zahl der Eheschließungen 7. ✠

v. **Bau eines Schützenhauses.** Wie verlautet, plant die Schützenbrüderschaft den Bau eines Schützenhauses mit zehn Schießständen. Der Bau wird 66 000 Złoty kosten und hinter dem 3. Mai-Park errichtet werden. Die Stadt Culmsee wird voraussichtlich das sechs Morgen große Baugelände unentgeltlich hergeben. ✠

* **Stargard (Starogard)**, 6. Februar. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 31. Januar drangen Einbrecher nach Einschlagen einer Fensterscheibe in die Wohnung von Jan Kozłowski in Wysoka hiesigen Kreises ein und stahlen einen Damenpelz sowie Lebensmittel im Betrage von etwa 560 Złoty. Eine Untersuchung ist im Gange.

f. **Lessen (Łasin)**, 6. Februar. Seinen 90. Geburtstag feierte ein langjähriger Bürger unserer Stadt, August Rettkowski, in voller geistiger und auch verhältnismäßig körperlicher Frische. Er ist Veteran der Kriege 1864, 1866 und 1870/71. Ortspfarrer und Gemeindevertreter überbrachten ihm Glückwünsche der Gemeinde und ein Geldgeschenk. — Durch Unvorsichtigkeit verunglückte beim Häckselschneiden das Dienstmädchen Helene Weiß, die bei dem Besitzer Vater in Rittershausen beschäftigt war. Sie kam dem Schwungrad zu nahe, das die Schaufel erfaßte und das Mädchen beim Zurückschlagen schwer verletzte. Trotz sofortiger Operation im Krankenhaus starb sie nach einigen Stunden.

Freie Stadt Danzig.

* **Vom Autobus überfahren und getötet.** Auf dem Heumarkt ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, dem der 73 Jahre alte Kaufmann Otto Mielke zum Opfer gefallen ist. Vom Krebsmarkt kam ein Autobus der Städtischen Verkehrsgesellschaft. Als der Wagen kurz vor der Ausfahrt des Hotels Vanselow zum Heumarkt fahren wollte, sah der Führer plötzlich den Kaufmann M. von der dortigen Verkehrsinsel heruntertreten, der, ohne sich davon zu überzeugen, ob die Straße frei war, den Platz in der Richtung zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal überqueren wollte. Der Chauffeur bremste sofort, doch war es ihm infolge der kurzen Entfernung und der Schlüpfrigkeit der Straße nicht möglich, den Wagen gleich zum Stehen zu bringen. So wurde M. vom Kühler des Autobusses erfaßt und unter den Wagen gestoßen, wobei ihm das linke Vorderrad über ein Bein ging. Er wurde bewußtlos ins Städtische Krankenhaus eingeliefert. Dort stellte man einen Knöchelbruch, einen Beckenbruch und erhebliche Kopfverletzungen fest. Gegen 11 Uhr abends ist der alte Herr seinen schweren Verletzungen erlegen. †

* **Wieder ein Raubüberfall.** Der Kriegsinvalide Josef Karczyk war von Putzig nach Danzig gekommen und suchte hier am Dienstag abend ein Restaurant auf dem Altstädtischen Graben auf, wo er mit drei Männern zusammengekommen war. Um seine Zeche zu bezahlen, wechselte er einen 100-Złoty-Schein. Das sahen die betreffenden Männer. Als K. das Lokal verließ, folgten sie ihm und überfielen ihn. Sie entrissen ihm die Geldtasche mit 300 Złoty Inhalt und entkamen in der Dunkelheit. †

Kleine Rundschau.

* **Amerikanisches U-Boot auf Grund geraten.** Ein Unterseeboot der Vereinigten Staaten ist bei Portsmouth auf dem Schildkrötenriff auf Grund geraten. Die Marinewerft in Boston hat sofort Hilfe entsandt. Um Mitternacht ist es gelungen, das Unterseeboot abzuschleppen. Es wurde nach der Portsmouther Marinestation gebracht. Das U-Boot ist ein älteres Modell, das drei Offiziere und etwa dreißig Mann Besatzung hat.

* **Zoubkow heiratet eine Bardame.** Nach Blättermeldungen aus Bonn soll, wie von Zoubkows Seite verlautet, die Verwandtschaft der Prinzessin Viktoria als Abfindung für die Herausgabe des Briefwechsels zwischen ihm und seiner Frau durch einen Bonner Rechtsanwalt 15 000 Mark bezahlt haben. Zoubkow soll die Absicht haben, sich mit einer Kölner Bardame zu verheiraten.

Thorn.

Graudenz.

Wichtiges über die Einkommensteuer.

1. Protest gegen die zu hoch bemessene Einkommensteuer kann im Laufe von 30 Tagen nach der Zustellungsaufforderung eingereicht werden. Damit kein Irrtum vorkommt, muß von der Person, die die Zahlungsaufforderung zustellt, verlangt werden, daß der Tag der Zustellung auf ihr vermerkt wird. Ist dies nicht geschehen, so muß sich der Steuerzahler selbst diesen Tag genau merken, am besten aber gleich auf der Zahlungsaufforderung notieren. Der Termin darf unter keinen Umständen versäumt werden. Die Behörde braucht zu spät eingereichte Proteste überhaupt nicht beantworten. Es hat sich bei den meisten Steuerzahlern die üble Sitte eingebürgert, daß sie gegen jede Steuerbemessung protestieren. Es ist zwar einem Durchschnittsbürger nicht leicht, festzustellen, ob die Steuer richtig berechnet wurde. Im allgemeinen können hier aber folgende Richtlinien in Anwendung gebracht werden: Ein Einkommen bis 1500 Złoty im Jahre ist steuerfrei. Die Steuer wird auf Grund des Einkommens im vorhergehenden Jahre berechnet, z. B. die Steuer für das Jahr 1929 muß dem Einkommen im Jahre 1928 entsprechen.

2. Das Einkommen der Landwirte wird gemäß Art. 15 des Gesetzes über die Einkommensteuer folgendermaßen berechnet: Das höchste Einkommen einer Landwirtschaft unter 15 Hektar Land, die mehr als 5 Kilometer von einer Stadt über 100 000 Einwohner entfernt ist, darf den Wert von 4 Doppelzentnern Roggen von einem Hektar nicht überschreiten. Der Durchschnittspreis des Roggens wird vom Finanzministerium auf Grund der Preise vom verflossenen Jahre festgesetzt. Der Preis im Jahre 1928 betrug 40 Złoty für den Doppelzentner. Somit ist das Einkommen für das Jahr 1928 und die Steuer für das Jahr 1929 folgendermaßen zu berechnen: Besitzt ein Landwirt 12 Hektar, d. h. ungefähr 48 preußische Morgen Land, so entspricht sein Einkommen vom Lande dem Gegenwert von 48 Doppelzentnern Roggen nach dem Preise vom Jahre 1928 zu 40 Złoty pro Zentner = 1920 Złoty. Dieses Einkommen ist die Höchstgrenze. Je schlechter das Land ist, desto kleiner wird auch das Einkommen sein. Diese Berechnung betrifft nicht Wirtschaften, die größer als 15 Hektar sind und näher als drei Kilometer von der Grenze einer Stadt mit über 100 000 Einwohnern gelegen sind, aber auch hier wird sich die Berechnung nicht viel höher als die oben angegebene stellen.

3. Zu dem Einkommen vom Lande kommt noch das Einkommen von den Gebäuden, sowohl die Miete als auch der Wert der eigenen Wohnung hinzu. Wirtschaftsgebäude sowie Werkstätten unterliegen nicht dieser Bestimmung.

4. Als Einkommen von Handelsunternehmen werden die Einnahmen nach Abzug sämtlicher Ausgaben, die zur Erlangung und Sicherung des Einkommens dienen, betrachtet.

5. Wenn von dem Steuerzahler, dessen Einkommen 7200 Złoty jährlich nicht übersteigt, mehr als eine Person oder Familienmitglied unterhalten werden, dann wird die schon bemessene Steuer auf jedes Familienglied um eine Stufe ermäßigt. Außerdem werden laut Art. 10 sämtliche bezahlte Steuern und Versicherungsbeiträge (außer der Vermögenssteuer und Einkommensteuer) von dem auf oben angeführte Weise berechneten Einkommen abgerechnet. Der verbleibende Rest des Einkommens unterliegt dann der Besteuerung. Außergewöhnliche Ereignisse, die faktisch die Zahlungsfähigkeit des Steuerzahlers vermindern, bewirken auf Ersuchen des Steuerzahlers die Herabsetzung der Steuer bis zu 3 Stufen. Dies aber nur dann, wenn das Einkommen 12 000 Złoty nicht übersteigt.

6. Um eine gerechte und sachgemäße Steuerbemessung zu erreichen, sind die Steuerzahler verpflichtet, in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. März bezw. 1. Mai Steuererklärungen der Behörde zu unterbreiten (Zeznanie o dochodzie) und in diesen alle Einzelheiten vorschriftsmäßig anzuführen. In die Steuererklärung muß der Bestand der Familie und der vom Steuerzahler ernährten Personen eingetragen werden. Es empfiehlt sich, eine amtliche Bescheinigung der Polizei oder der Gemeindeverwaltung über die Zahl der Familienmitglieder beizulegen. Besitzer bis zu dreißig Hektar Land, sowie Handwerker, die ein Patent VIII. Kategorie besitzen, sind von der Pflicht der Einreichung einer Steuererklärung befreit, müssen dies aber auf Grund einer Aufforderung seitens der Steuerbehörde unbedingt tun. Das nicht rechtzeitige Einreichen einer Steuererklärung ist strafbar und zieht eine Bemessung der Steuer nach Gutdünken der Behörde nach sich. Es muß allen Steuerzahlern nahegelegt werden, die Steuererklärungen rechtzeitig einzureichen. Falls die Steuerzahler nicht in der Lage sind, die Deklaration (Zeznanie o dochodzie) selbst auszufüllen, so müssen sie sich an die geeigneten Stellen wenden. Gleichzeitig sind sämtliche Quittungen über die im verflossenen Jahr gezahlten Steuern, Beiträge an Kirchengemeinden, Feuerversicherungsgesellschaften usw., wie auch eine amtliche Bescheinigung über die Zahl der zu ernährenden Familienmitglieder mitzunehmen.

Rundschau des Staatsbürgers.

Umsatzsteuererklärungen für 1929.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Umsatzsteuer-Erklärungen für das verflossene Kalenderjahr bis zum 15. Februar eingereicht werden müssen. Nachfolgende Unternehmen müssen die Erklärung abgeben:

1. Jede Anstalt bezw. jedes Handelsunternehmen, das zur 1. und 2. Kategorie der Handelsunternehmungen gerechnet wird;

2. jede Anstalt bezw. jedes Industrieunternehmen, das zu den ersten fünf Kategorien der Industrieunternehmungen gerechnet wird;

3. jeder gewerbliche Beruf, der zu den Kategorien 2a und 2b der gewerblichen Berufe gerechnet wird;

4. jede selbständige freie Berufsbetätigung (Ärzte, Dentisten, Tierärzte, Feldschere, Rechtsanwälte, Notare, gerichtliche Verteidiger, Künstler, Architekten, Ingenieure und andere Techniker).

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontermäßigungen in Newyork und London.

Die Federal-Reserve-Bank hat ihren Diskontsatz von 4½ auf 4 Prozent, die Bank von England von 5 auf 4½ Prozent ermäßigt. Die Diskontsenkung in London erfolgte am gestrigen Donnerstag, die in Newyork heute.

Die Bilanz der Bank Polski weist in der dritten Dekade des Monats Januar folgenden Stand in Millionen Złoty auf: Aktiva: Goldvorrat 700,903 (+ 0,222), Valuten, Devisen und Auslandsguthaben, die zur Deckung gerechnet werden 371,756 (— 18,834), dto. die nicht zur Deckung gerechnet werden 101,338 (+ 2,676), Wechselportefeuille 684,449 (+ 8,952), Pfanddarlehen 71,141 (— 1,136), andere Aktiven 100,350 (+ 7,526); Passiva: sofort zahlbare Verpflichtungen 453,834 (— 87,158), Banknotenumlauf 1246,741 (+ 85,207). Die Deckung des Banknotenumlaufs und der sofort zahlbaren Verpflichtungen mit Gold und deckungsfähigen Devisen beträgt 63,08 Prozent.

Finanzminister Matuszewski über die Aufhebung der Kapital- und Rentensteuer. Die Plenarsitzung des Sejm vom 29. Januar 1930 hat u. a. über die Gesetzesvorlage betreffs Aufhebung der Kapital- und Rentensteuer (es handelt sich vorläufig um kurzfristige Werte) von Wertpapieren und Effekten beraten. Der Finanzminister erklärte, daß die privilegierte Behandlung des ausländischen Kapitals in Polen, welches keine Steuerlast trage, nicht begründet sei. Es sei jedoch erklärlich, daß bei dem gegenwärtigen Kapitalmangel alle Erleichterungen geschaffen werden müssen, um den Zustrom des ausländischen Kapitals zu begünstigen. Vollständig unerklärlich erscheint es, daß man dagegen den einheimischen Ersparnissen alle Schwierigkeiten bereitet, und sie sozusagen in die ausländischen Banken treibt. Der beste Beweis dafür ist, daß allein in Danziger Banken 75 Millionen Gulden polnische Ersparnisse angelegt sind. Finanzminister Matuszewski hat sich entschieden für die Aufhebung der Kapital- und Rentensteuer ausgesprochen.

Das Finanzministerium zur Ausgabe der Industriepfandbriefe. An dieser Stelle ist bereits über die beabsichtigte Emission von langfristigen Industrie-Pfandbriefen gesprochen worden. Die Kreditgesellschaft der polnischen Industrie, welche die Initiative zur Emission und Unterbringung von Industrie-Pfandbriefen auf den ausländischen Märkten gegeben hat, wandte sich an das Finanzministerium zwecks Erlangung der dazu erforderlichen Genehmigung. Weil jedoch die Kreditgesellschaft gleichzeitig die Garantie des Finanzministeriums beantragte, hat dasselbe vorläufig dem Projekt nicht zugestimmt.

Neugründungen von Aktiengesellschaften. Das Ministerium für Handel und Gewerbe, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, hat die Genehmigung für die Neugründung bzw. Kapitalerhöhung folgender Gesellschaften erteilt: 1. Erste Warschauer Import-Gesellschaft A.-G., „E. W. J. G.", mit dem Sitz in Warschau Aktienkapital 700 000 Złoty. 2. **„Lasgo". A.-G. für Holzindustrie und Holzerport, mit dem Sitz in Fordon bei Bromberg, Aktienkapital 1 Mill. Złoty.** 3. Holzbearbeitungswerke Tomastol A.-G., mit dem Sitz in Warschau, Aktienkapital 400 000 Zł. 4. Papier- und Tekturfabrik „Albertynska", A.G., in Albertyn, Kreis Slonim, Aktienkapital 1 400 000 Złoty. 5. Granity Klesowskie, A.-G., in Klesow, Kreis Sarnow, Aktienkapital 1 Million Złoty. 6. Die Deutschen Stellawerke beabsichtigen, in der Gegend von Chrzanow eine Chamottefabrik zu gründen. Die Aktiengesellschaft ist bereits konstituiert. Man erwartet die Genehmigung der beteiligten Ministerialressorts.

Statistik der Wechselproteste im Jahre 1929. Im Januarheft des polnischen Instituts für Konjunkturforschung finden wir eine interessante Darstellung der Wechselproteste in der Zeit von Dezember 1928 bis Dezember 1929:

Monat	Zahl der prot. Wechsel in 1000	Summe in Mill. Złoty	Prozent. Ant. am Gesamtwechselumlauf
1928 Dezember	318	69,1	6,9
1929 Januar	362	78,4	8,3
Februar	395	84,2	9,7
März	447	94,8	9,5
April	460	101,9	10,5
Mai	482	105,6	10,8
Juni	463	100,2	10,9
Juli	513	118,9	11,4
August	462	99,9	11,3
September	453	105,2	10,2
Oktober	503	117,8	10,9
November	477	117,9	11,4
Dezember	601	131,7	11,7

Erweiterung des Geldüberweisungsverkehrs auf Spanien und Rumänien. Zwischen Polen und Rumänien, sowie zwischen Polen und Spanien ist vom 1. Januar ab der Geldverkehr durch Postüberweisungen zugelassen worden. Auch Expreßüberweisungen werden durch sämtliche Postämter der genannten Länder angenommen, jedoch bleiben vorläufig die telegraphischen Überweisungen von dem getroffenen Abkommen ausgeschaltet. Im Abkommen sind folgende Maximalbeträge festgesetzt worden:

Polen nach Rumänien	10 000 Lei
Polen nach Spanien	800 Pesetas
von Rumänien nach Polen	600 Złoty
von Spanien nach Polen	1 000 Złoty

Die Warschauer Effektenbörse Ende Januar. Auf dem Aktienmarkte hielt die geringe Kaufkraft weiter an. Am vergangenen Sonnabend belebte sich einigermaßen die Kauflust; dieser Tatsache wird in den Börsenkreisen jedoch keine besondere Bedeutung beigelegt. Vom Gesamtumsatz entfällt die überwiegende Mehrheit auf die Aktien der Bank Polski. Auch einige Privatbankenaktien fanden willige Käufer. Metallaktien kamen nicht zur Notierung. Chemische, elektrotechnische, Naphtha-, Textil- und Handelsgesellschaftsaktien fanden ebenfalls nur wenige Käufer. Die Kursbewegung im Januar ergibt folgendes Bild:
Handelsbank in Warschau,

	2. 1	16. 1.	30. 1.
Diskontobank in Warschau	125,—	124,—	124,—
Handelsbank in Warschau 13. und 14. Emission	—	—	120,—
Bank Polski	—	176,75	182/183
Westbank 1. und 2. Emission	80.—	80,80	78,—
Bank Związku Spółek Zarobkowych. Serie C	78,50	78,50	79,50
Warschauer Zuckerfabrik	—	—	28,—
Warschauer Bergwerks-A.-G.	—	50,—	52,50
Lilpop, Rau u. Löwenstein	37,—	—	—
Modrzejow	—	16,50	14,50
Ostrowiecer Werke 1. und 2. Em., Serie A und B	—	66,—	—
Warschauer Waggonfabrik, 1. und 2. Emission	—	—	22,—
Starachowice	21,25	21,—	21,25
Haberbusch u. Schiele	104,50	—	—

Zahlungsaufschub.

Die Firma A. Zborowski i Syn, Nadnoteckie Huty Szkla, in Thure, Kreis Schubin, hat am 31. Januar einen Antrag auf Gewährung von Zahlungsaufschub eingereicht. Der Termin zur Beschlußfassung über diesen Antrag ist auf den 20. Februar d. J., vormittags 10½ Uhr, in dem Burggericht zu Schubin, Zimmer 6, festgesetzt.

Konkurse.

„Tani Blawat", Inh. Cäcilie Calkowa, Gnesen. Über das Vermögen der Inhaberin ist mit dem 30. Januar d. J. das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dzierżyński, Gnesen. Gläubigeransprüche sind bis zum 12. März anzumelden, der erste Gläubigertermin findet am 26. Februar d. J., 11 Uhr vormittags, im Burggericht zu Gnesen statt.

Firma „Beta", Molkerei-Maschinenfabrik, G. m. b. H., Posen. Über das Vermögen der Firma wurde mit dem 29. Januar d. J. das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Leon Michocki, Posen, ul. Jasna 1. Gläubigeransprüche sind bis zum 15. April d. J. anzumelden, Gläubigertermine finden statt am 25. Februar und 29. April d. J., um 11 Uhr vormittags, im Burggericht zu Posen, Abteilung 2a.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 7. Februar auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 6. Februar. Danzig: Ueberweisung 57,60 bis 57,74, bar 57,63—57,77, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,825—47,025, Posen 46,825—47,025, Kattowitz 46,825—47,025, bar gr. 46,70—47,10, Zürich: Ueberweisung 58,10, London: Ueberweisung 43,37, Newyork: Ueberweisung 11,25, Prag: Ueberweisung 378⅜, Paris: Ueberweisung 285,50.

Warschauer Börse vom 6. Februar. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,90, 358,80 — 357,00, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 238,43, 239,03 — 237,83, London 43,37½, 43,48 — 43,27, Newyork 8,901 8,921 — 8,881, Oslo —, Paris 35,00, 35,09 — 34,91, Prag 26,38, 26,44 — 26,32, Riga —, Schweiz 172,14, 172,57 — 171,71, Stockholm —, Wien —, Italien 46,69, 46,81 — 46,57.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 6. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: **London** 25,00¾ Gd., 25,01¼ Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., **Berlin** 122,696 Gd., 123,004 Br., Warschau 57,60 Gd., 57,74 Br.

Züricher Börse vom 6. Februar. (Amtlich.) Warschau 58,10, Newyork 5,1805, London 25,19½, Paris 20,32½, Wien 72,93½, Prag 15,33, Italien 27,12, Belgien 72,17½, Budapest 90,57½, Sofia 3,74¾, Holland 207,90, Oslo 138,37½, Kopenhagen 138½, Stockholm 139,02½, Spanien 68,00, Buenos Aires 199, Tokio 2,54½, Bukarest 3,08, Athen 6,71, Berlin 123,72½, Belgrad 9,12¾, Konstantinopel 2,40. Privatdiskont 3⅞ pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,83 Zł., do. kl. Scheine 8,82 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,21½ Zł., 100 Schweizer Franken 171,46 Zł., 100 franz. Franken 34,86 Zł., 100 deutsche Mark 212,20 Zł., 100 Danziger Gulden 172,70 Zł., tschech. Krone 26,28 Zł., österr. Schilling 124,99 Zł.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 6. Februar Geld	Brief	In Reichsmark 5. Februar Geld	Brief
4,5 %	1 Amerika	4,1825	4,1905	4,1835	4,1915
5 %	1 England	20,344	20,384	20,344	20,384
4 %	100 Holland	167,80	166,14	167,94	168,28
—	1 Argentinien	1,560	1,564	1,624	1,628
5 %	100 Norwegen	111,70	111,92	111,72	111,94
5 %	100 Dänemark	111,85	112,07	111,87	112,09
—	100 Island	91,96	92,04	91,91	92,09
4,5 %	100 Schweden	112,28	112,45	112,27	112,40
3,5 %	100 Belgien	58,275	58,395	58,28	58,40
7 %	100 Italien	21,89	21,98	21,905	21,945
3 %	100 Frankreich	16,395	16,435	16,40	16,44
3,5 %	100 Schweiz	80,735	80,895	80,77	80,93
5,5 %	100 Spanien	54,90	55,00	55,13	55,25
—	1 Brasilien	0,481	0,483	0,478	0,480
5,48 %	1 Japan	2,058	2,062	2,054	2,058
—	1 Kanada	4,141	4,149	4,142	4,150
—	1 Uruguay	3,706	3,714	3,746	3,754
5 %	100 Tschechoslowak.	12,376	12,396	12,377	12,397
7 %	100 Finnland	10,515	10,535	10,516	10,536
—	100 Estland	111,45	111,67	111,42	111,62
—	100 Lettland	80,62	80,68	80,52	80,68
8 %	100 Portugal	18,80	18,84	18,78	18,82
10 %	100 Bulgarien	3,027	3,033	3,027	3,033
6 %	100 Jugoslawien	7,370	7,384	7,368	7,362
7 %	100 Oesterreich	58,885	59,005	58,885	59,005
7,5 %	100 Ungarn	73,11	73,25	73,11	73,25
6 %	100 Danzig	81,32	81,48	81,32	81,48
—	1 Türkei	1,923	1,927	1,930	1,934
9 %	100 Griechenland	5,405	5,415	5,405	5,415
—	1 Kairo	20,865	20,905	20,865	20,905
9 %	100 Rumänien	2,488	2,492	2,488	2,492
—	Warschau	46,825	47,025	46,80	47,00

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 6. Februar. Fest verzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 49,50 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 91,00 B. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Pos. Landschaft (100 Złoty) 38,75 G. Tendenz ruhig. — Industrieaktien: Bank Polski 181,00 B. H. Cegielski 42,00 +. Dr. Roman May 73,00 B. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 6. Februar. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. franko Station Warschau; Marktpreise: Roggen 20,25—20,75, Weizen 36 bis 37, Einheitshafer 19—19,50, Grützgerste 20—21, Braugerste 24,50 bis 25,50, Speise-Felderbsen 35—38, Luxus-Weizenmehl 67—70, Weizenmehl 4/0 58—60, Roggenmehl nach Vorschrift 37—37,50, grobe Weizenkleie 18—18,50, mittlere 15—15,50, Roggenkleie 10,50 bis 10,75, Leinkuchen 36—37, Rapskuchen 28—29. Umsätze mittel, Tendenz abwartend.

Berliner Produktenbericht vom 6. Februar. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 76—77 Kg., 234,00—237,00, Roggen märk., 72 Kg., 157,00—163,00, Braugerste 160,00—170,00, Futter- und Industriegerste 138,00—147,00, Hafer märk. 123,00—133,00, Mais 163—164.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 28,00—34,75, Roggenmehl 21,00—24,50, Weizenkleie 8,00—8,50, Roggenkleie 8,00—8,25, Viktoriaerbsen 23,00 bis 31,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—23,50, Futtererbsen 17,00—18,00, Peluschken 17,00—19,00, Ackerbohnen 17,50—19,00, Wicken 20,00—24,00, Lupinen, blaue 14,00—15,00, Lupinen, gelbe 17,00—18,00, Serradella 24,00 29,00, Rapskuchen 16,00—16,40, Leinkuchen 20,30—20,50, Trockenschnitzel 6,70—6,90, Soya-Extraktionsschrot 13,80—14,40, Kartoffelflocken 13,20—13,60.

Die dauernde Flaue der Auslandsmärkte, vor allem die sehr schwachen Notierungen Liverpools, wirkt auf den hiesigen Markt außerordentlich verstimmend, der Geschäftsgang leidet hierunter in erster Linie.

Berlin. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 6. Februar. A. Deutsche Eier. Trinkeier (vollfrische, gestempelte): Sonderklasse (über 65 Gr.) 15½, Klasse A (über 60 Gr.) 14, Klasse B (über 53 Gr.) 12½, Klasse C (über 43 Gr.) 10. Aussortierte kleine und Schmutzeier 7. — B. Auslandseier. Dänen: 18er 15½, 15½—16er 12¾. Holländer: 68 Gr. 15½, 60—62 Gr. 13—15¼, 57—58 Gr. 12 bis 12½, leichtere 10—10½. Ungarn: 9—10. Polen: normale 8 bis 8½. Kleine, mittel, Schmutzeier: 6—7. — C. In- und ausländische Kühlhauseier. Extra große 9, große 8, normale 6½—7, Chinesen und ähnliche 6—9. — Kalkeier. Normale 6½. (Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung trübe. Tendenz still.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau, 6. Februar. Bankazinn in Blöcken 10, Hüttenblei 1,25, Zink 1,30, Antimon 2,05, Hüttenaluminium 4, **Kupferblech** 4,80—5,20, **Messingblech** 4—4,80.

Aus dem Stadtparlament.

Bromberg, 7. Februar.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde die Vereidigung des neugewählten und von der Wojewodschaft bestätigten Stadtrats Wenzel durch den Stadtpräsidenten Dr. Sliwiński vorgenommen, sodann die Verpflichtung des Stadtverordneten Lenkowski.

Die Tagesordnung brachte zunächst eine Reihe von Wahlen, aus denen u. a. auf Vorschlag der deutschen Fraktion hervorgingen: In den Vorstand der Giese-Rafalski-Stiftung Stadtv. Dr. Eckert und Pfarrer Wurmbach, in den Vorstand des Luisenstifts Fräulein Kaffler, in den Vorstand des Dietzschen Waisenhauses Herr Korth, in die Fürsorgekommission Stadtv. Winiecki.

Der Vertagung verfielen verschiedene Magistratsanträge, darunter der über die Änderung des Statuts über die Hundesteuer und der Vergnügungssteuer, ferner über die Annahme einer Kassen- und Rechnungs-Instruktion und ein Antrag betreffs Änderung der Vorschriften über die Bezahlung der Anlage von Straßen. Gerade dieser letzte Antrag fand keineswegs die Billigung der Versammlung. Es besteht die Absicht, die Kosten für die Anlage von Straßen, auch die Durchführung der Kanalisation auf diesen Straßen, den Anliegern„ d. h. Haus- und Grundbesitzern zu übertragen. Dies wäre eine so ungerechte Verteilung der Kosten auf einen einzigen, sehr belasteten Stand, daß man mit einer Annahme des Magistratsantrages durch die Stadtverordnetenversammlung nicht rechnen darf. Angenommen wurde hingegen die Änderung des bekannten Ausbauplanes der Stadt, der eine Straße zwischen der Grenz- und Friedenstraße vorsieht. Diese neue Straße würde das Gelände der Fabrik Fiebrandt durchqueren und ist im übrigen nicht unbedingt notwendig. Die Versammlung gab ihre Einwilligung, daß die projektierte Straße von dem Ausbauplan gestrichen wird.

Ein ehr ausführliches Referat hielt der Stadtv. Dr. Siemiatkowski vom Regierungsklub, in dem er in ungemein sachlicher und die Materie voll erfassender Weise das neue Statut für die Fürsorgeräte, die nach einer neuen Verfügung des Innenministeriums eingesetzt werden, der Versammlung vorlegte. Danach werden 20 Fürsorgeräte in bestimmten Bezirken in Bromberg tätig sein. Außerdem wird ein Ausschuß geschaffen, dem sechs Stadtverordnete und sechs Fürsorgeräte angehören, der aber nicht eine beschließende, sondern nur beratende Tätigkeit ausüben kann. Eingefügt wurde auf Wunsch der Wahlkommission in das Statut u. a., daß die öffentliche Fürsorge auch für das nötige Handwerkszeug der Verarmten zu sorgen habe, um diesen Möglichkeit zu geben, sich selbst wieder einen Unterhalt zu schaffen.

Nach Erledigung der Tagesordnung verlas der Vorsteher ein Schreiben des Stadtv. Zahariasiewicz, in dem dieser mitteilt, daß er sein Mandat niederlege, da er als politischer Gefangener in Graudenz sitze und deshalb seinen Pflichten als Stadtverordneter nicht nachkommen könne. Die Parteifreunde des Schreibers brachten Hochrufe auf Zahariasiewicz aus. — Sodann kam noch eine Interpellation zur Verlesung, in der der Magistrat um Aufklärung über die Gründe, die zur Strompreiserhöhung geführt hätten, gefragt wurde. Vom Magistrat war die Antwort auf die Interpellation über die Entfernung der Absperrungsketten am Theaterplatz eingegangen. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß durch die Absperrung nur die Autobesitzer einen Vorteil gehabt hätten, während die Fußgänger, vor allem aber die Kaufleute in den Gebäuden vor denen sich die Ketten befanden, geschädigt worden wären. Die Antwort des Magistrats wurde zur Kenntnis genommen.

Damit fand die öffentliche Sitzung, an die sich eine geheime anschloß, ihren Abschluß. Als Vorsteher Beyer den Schluß der Sitzung mitteilte, ertönten mit einem Mal von der überfüllten Galerie laute Zurufe, wie es mit der Arbeitslosigkeit stehe, warum man nichts für die Arbeitslosen tue. Allmählich beruhigte sich die Galerie, ohne daß ein behördliches Eingreifen veranlaßt werden mußte.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 7. Februar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet unveränderte Temperaturen und Bewölkung an

Prähistorischer Fund im Kreise Bromberg.

In Fuchsschwanz im Kreise Bromberg wurde in diesen Tagen ein bedeutender prähistorischer Fund gemacht. Auf der Besitzung des Gutsbesitzers v. Zielberg stieß man zufällig auf einige große Steinplatten, die sich später als der Deckel eines Steinkistengrabes entpuppten. Ein vom prähistorischen Institut der Posener Universität entsandter Student leitete sodann die weiteren Ausgrabungen. Es stellte sich heraus, daß man es mit einem Steinkistengrabe aus der frühen Eisenzeit zu tun hat. In dem Grabe haben sich 13 Urnen befunden, von denen leider nur vier vollständig erhalten geblieben sind. Die anderen sind zusammengefallen. In den Urnen befanden sich Knochenreste, verschiedene Bronzeteile und Glasanhänger. Herr v. Zielberg hat, zumal das Bromberger Museum die Kosten der Ausgrabung übernommen hat, diesem den interessanten Fund überwiesen. Die prähistorische Abteilung des Museums hat mit diesem wertvollen Stück eine erfreuliche Bereicherung erfahren.

Bei dem Bau des neuen Mühlenwehrs, das im Dezember vergangenen Jahres eingeweiht wurde, hat man übrigens ebenfalls einen interessanten Fund gemacht, indem bei den Grabungen ein reich verzierter Messinglöffel aus dem frühen Mittelalter gefunden wurde. Dieser Löffel war vollständig vergoldet, jedoch ist die Vergoldung nur noch an einzelnen Stellen erhalten. Rat Tychoniewicz von der Wasserbauinspektion hat diesen Fund ebenfalls an das Museum überwiesen.

§ **Stadtrat Żeromski legt sein Amt nieder.** Stadtrat Żeromski hat sich entschlossen, sein Amt, das er infolge Krankheit schon seit längerer Zeit nicht mehr versehen kann, niederzulegen, nachdem zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung einerseits und Stadtrat Żeromski andererseits eine Übereinkunft über die Abfindung erzielt wurde.

§ **Straßenbauprogramm.** In den 10 Jahren des Bestehens des polnischen Staates sind insgesamt 2695 Kilometer neuer Straßen gebaut worden. Das Straßenbauprogramm für die nächste Zukunft sieht den Umbau von 4000 Kilometer staatlicher Feldwege in Chausseen vor, ferner sollen etwa 20 000 Kilometer Wojewodschafts- und Kreiswege in Chausseen umgebaut werden.

§ **Achtung, Autobesitzer!** Das Städtische Amt für Sicherheit und Ordnung macht darauf aufmerksam, daß ein großer Teil von Besitzern mechanischer Gefährte, vor allen Dingen solcher, die zur allgemeinen Benutzung dienen, die Registrierkarten nicht zur Verlängerung vorgelegt haben. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung dieser Karten unverzüglich erfolgen muß, und zwar durch die Verwaltungsbehörde, an deren Ort sich der Standort des betreffenden Fahrzeuges befindet. Mit dem 15. Februar d. J. werden diejenigen Automobile, für die die Registrierkarten nicht verlängert wurden, aus dem Verkehr gezogen.

= **Vor der Strafkammer** (1. Instanz, Sektion B) hatte sich der im Jahre 1914 geborene Bolesław Darul zu verantworten. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, am 18. Juni v. J. auf freiem Felde in der Nähe von Gogolin die Tochter eines Landwirts vergewaltigt zu haben. Er erhielt eine fünfmonatige Gefängnisstrafe mit Anrechnung der Untersuchungshaft. — Dieselbe Strafkammer verhandelte wegen Vergewaltigung gegen den 65jährigen Nikodem Lewandowski. Der Angeklagte verging sich an einem 13½jährigen Mädchen in der Nähe von Kolmar. Der Prokurator beantragte 1½ Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Monaten Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft. — Ferner mußten sich wegen Kirchendiebstahls die Angeklagten Fritz Zech aus Nakel, Bolesław Pieczek und Albert Hundt verantworten. Die drei Angeklagten sind in der Nacht zum 28. September v. J. in die katholischen Kirche in Wongwelno eingebrochen, stahlen sämtliche Altardecken und erbrachen die Opferkästen. Der im Jahre 1901 geborene Klemens Wyrzygowski mußte sich wegen Hehlerei verantworten. Der Prokurator beantragte für Zech zwei Jahre Zuchthaus, für Pieczak 1½ Jahr Zuchthaus und Hundt acht Monate Gefängnis, für Wyrzygowski zwei Monate. Das Gericht verurteilte Zech zu neun Monaten 14 Tagen mit Anrechnung der Untersuchungshaft, Pieczak zu sechs Monaten, Hundt zu einem Monat und Wyrzygowski als Hehler zu zwei Monaten Gefängnis.

§ **Gestohlen** wurden vom Boden des Hauses Bismarckstraße (Słowackiego) 1 durch unerkannt entkommene Diebe ein Grammophon und andere Gegenstände.

§ **Fahrraddiebstahl.** Vor einem Lokal in der Luisenstraße (Hetmańska) hatte der Königstraße (Kościuszki) 6 wohnhafte Jan Skrzypczak ein Fahrrad Marke „Ideal“ stehen gelassen. Nach einiger Zeit war das Rad verschwunden. Ein Dieb hatte damit das Weite gesucht. Es handelt sich um ein Rad mit der Registriernummer 5012, das einen Wert von 250 Złoty besitzt.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen, die zum Schaden der Wasserbauinspektion Telephondrähte und zum Schaden der Bahnverwaltung Signallampen gestohlen haben. Ferner wurden drei weitere Personen wegen Diebstahls und eine wegen Trunkenheit und Lärmens festgenommen.

i **Weißenhöhe** (Białośliwie), 3. Februar. Am Dienstag voriger Woche verunglückte der Sohn des Besitzers Lukaszewski von hier. Er fuhr mit dem Fahrrade den steilen Berg bei der evangelischen Kirche herunter, verlor hierbei die Gewalt über sein Rad und stürzte auf das Pflaster. Er trug einen Bruch des Schlüsselbeines sowie schwere innere Verletzungen davon und mußte in das Krankenhaus nach Wirsitz geschafft werden.

z **Crone** (Koronowo), 6. Februar. Auf dem heutigen Jahrmarkte wurden folgende Preise gezahlt: Gute Arbeitspferde brachten 400—600 Złoty, schlechtere 200—450 Złoty, minderwertige 40—150 Złoty. Hochtragende Kühe wurden mit 450—550 Złoty, abgemolkene alte Kühe mit 250—400 Złoty gehandelt. Der Auftrieb war gut, es wurden aber nur wenige Kaufabschlüsse getätigt. — Einem Manne wurden auf dem Viehmarkte 800 Złoty gestohlen. — Auf dem Wochenmarkte zahlte man für Butter 2,40—2,50, für Eier 2.20—2,40 die Mandel, Kartoffeln 3,00 pro Zentner.

* **Inowrocław**, 6. Februar. Für Stromdiebstahl zwei Jahre Zuchthaus. Am 3. und 4. d. M. verhandelte das Bromberger Bezirksgericht gegen den früheren Stadtrat von Inowrocław Gromczyk, der des systematischen Stromdiebstahls zum Schaden des städtischen Elektrizitätswerks angeklagt war. Es wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, die alle bestrebt waren, den Angeklagten zu entlasten. Das gegen G. angehäufte Belastungsmaterial war jedoch derart schwerwiegend, daß das Bezirksgericht, dem die Angelegenheit vom Obersten Gericht zur nochmaligen Verhandlung überwiesen worden war, zu der Überzeugung gelangen mußte, daß der Stromdiebstahl sowie die Fälschung von öffentlichen Dokumenten erwiesen sei. Das Urteil lautete daraufhin auf 2 Jahre Zuchthaus. Der Verurteilte hat Berufung eingelegt. —Wie der „Dz. Kuj.“ berichtet, hat Herr Bolesław Kruszyński, der die Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahlen anfocht, zu Händen des Vorsitzenden des Wojewodschafts-Verwaltungsgerichts in Posen ein Schreiben gerichtet, daß er seine Klage zurückziehe. Es unterliegt somit keinem Zweifel mehr, daß das neugewählte Stadtparlament auch weiterhin amtieren wird und daß die endgültige Verhandlung dieser Angelegenheit vor dem Wojewodschafts-Verwaltungsgericht, die für Sonnabend, 8. d. M., anberaumt war, nicht mehr zustande kommt oder daß das Gericht sich nur noch mit der Festsetzung der Kosten des bisherigen Verfahrens befassen wird.

v **Argenau** (Gniewkowo), 6. Februar. Der heutige Wochenmarkt war bei schönem Wetter gut besucht und von den Landleuten reichlich beschickt. Man zahlte für das Pfund Butter 2,20—2,40, für die Mandel Eier 2,30—2,50. Für Gemüse und Obst wurden gezahlt: Äpfel 1—1,20, Mohrrüben 0,25—0,30, Weißkohl 0,20—0,25, Rotkohl 0,30—0,35, Rote Rüben 0,25, Wirsingkohl 0,20—0,25, Rosenkohl 0,25 bis 0,30, Wruken 0,15, Suppengrün 0,25, Zwiebeln 0,20—0,25, Grüne Heringe kosteten 0,40—0,50 pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 12—16,00, Enten 6,50 bis 7,50, Puten 10—12,00, Hühner 4—5,00, Tauben 0,80—1 pro Stück. Kartoffeln wurden mit 3—3,50 pro Zentner angeboten. — Am heutigen Tage sah man bei einer Wärme von 8 Grad über Null einige Schwärme Wildgänse ziehen.

b. **Mogilno**, 6. Februar. Diebstähle sind nach wie vor an der Tagesordnung. Vom Bahnhof Parlin Dombrowa wurden dem Stationsvorsteher neun der besten Hühner gestohlen, dem zweiten Beamten 11 Hühner, zwei Gänse und Kaninchen. Die Polizei verfolgte die Spur der Diebe bis zur Chaussee. Sie konnten bis jetzt nicht ermittelt werden.

* **Posen** (Poznań), 6. Februar. Großfeuer in einem Vergnügungslokal. Am vergangenen Sonnabend wurde in den Räumen des früheren Cafés „Nowy Świat“, das sich im ersten Stockwerk des Kabaretts „Moulin Rouge“ befindet, ein Vergnügungslokal, Restaurant, Dancing und Weinstuben unter dem Namen „Moulin Rouge“ neu eröffnet. Der Umbau des Lokales wurde mit großem Geldaufwand vorgenommen, da Neubeleuchtung und Durchführung moderner Stuckaturarbeiten, auch die gesamte Möbeleinrichtung neu angeschafft worden waren. Gestern gegen 12 Uhr mittags brach plötzlich ein Feuer im ersten Stockwerk aus. Als der Brand bemerkt wurde, standen die Möbel und das Büfett des Kabaretts bereits in Flammen. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es nach einstündiger Löscharbeit, das Feuer auf die Parterreräume zu beschränken. **Im Kabarett wurden die Räume des oberen Stockwerks mit der gesamten Inneneinrichtung und den Lichtanlagen vollkommen vernichtet.** Der Rest der Möbel, der vor dem Feuer bewahrt werden konnte, hat während der Rettungsarbeiten starke Beschädigungen erlitten. Ebenso wurde ein großer Vorrat von Nahrungsmitteln, alkoholischen Getränken und Rauchwaren durch die Löscharbeiten unbrauchbar. Der Schaden ist erheblich und wird von den Besitzern des „Moulin Rouge“ auf 200 000 Złoty geschätzt. Das Feuer entstand in einem der Separées, vermutlich durch unvorsichtiges Fortwerfen eines Zigarettenstummels durch einen Nachtgast. Während der Vormittagsstunden glimmte das Feuer wahrscheinlich in den Polstermöbeln weiter und brach erst gegen 12 Uhr zu heller Flamme aus.

Das Wohnungsbau-Problem.

Warschau, 6. Februar. (PAT) Im Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Ministers Prystor eine Sitzung der Baukommission statt, die auf Grund des Beschlusses des Ministerrats vom 4 Dezember v. J. ins Leben gerufen worden war. Nach Entgegennahme der Berichte über die bisherige Tätigkeit des Bureaus für Häuserprojekte sowie des Ergebnisses der Sitzung der Sachverständigen-Kommission, die am 1. Februar d. J. stattgefunden hatte, beschäftigt man sich mit den Wohnungstypps, die vom Projektbureau ausgearbeitet worden waren. Es handelt sich um 1-, 1½- und 2-Zimmer-Wohnungen für Arbeiter und um Wohnungen mit 2 und 3 Zimmern für geistige Arbeiter.

In der Diskussion einigte man sich über die Wohnungstyps, die sich für die einzelnen Teilgebiete und Ortschaften eignen, wobei beschlossen wurde, daß nach der Beendigung der mit dem Ankauf der Terrains zusammenhängenden Tätigkeit das Projektbureau an die Ausarbeitung der Berichte und dann der Pläne und Kostenanschläge des Bauprojekts herantreten soll.

Die Hochburg der Kreuzritter garantiert für polnische Gummiindustrie.

Wie aus Marienburg gemeldet wird, verhandeln die Marienburger Werke der „Pepege“ (Polski Przemysł Gumowy) mit ausländischen Kapitalisten wegen Hergabe eines größeren Kredits, für den die Stadt Marienburg Bürgschaft übernommen hat. Das Unternehmen, das wie alle anderen Winterartikel herstellenden Fabriken unter der wenig winterlichen Witterung leidet, hat einen Teil seiner Arbeiter entlassen. Nach Einsetzen der Frühjahrssaison hofft man aber, den Betrieb bedeutend vergrößern zu können.

In Marienburg, der einstigen Hochburg des Kreuzritterordens, garantiert man trotz der katastrophalen Lage in den östlichen deutschen Grenzgebieten für die Anleihen einer polnischen Neugründung, — in Bromberg enteignet man das Elektrizitätswerk, weil es zum Teil im Besitz einer deutschen Gesellschaft war. Die „Niedertracht“ der Nachkommen der Kreuzritter ist wieder einmal schlagend erwiesen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. Februar.

Krakau — 2,66, Zawichost + 1,40, Warschau + 1,24, Płock + 0,56, Thorn + 0,39, Fordon + 0,44, Culm + 0,53, Graudenz + 0,53, Kurzebrak + 0,63, Pickel — 0,12, Dirschau — 0,45, Einlage + 2,26, Schiewenhorst + 2,46.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 32.



Wer erteilt jg. Mann
Unterricht
in Deutsch, Grammatik u. Rechtschreibung. Off. u. L. 652 a. d. Gst. d. Z. erb.

Wer ert. poln. Unterricht n. Grzegorzewski? Offerten unter O. 710 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Kuh-Nachgeburt

zurückgebliebene, beseitigt prompt das Pulver (innerlich) der **Apotheke Radzyn** (Pom.). Tel. 19. 1941

Drahtseile Hanfseile
Teer- und Weiß-strick liefert 111
B. Muszyński, Seilfabrik, **Lubawa.**



KALI gibt dem Getreide volles, schweres Korn
KALI erzeugt hohe Hackfruchternten
KALI schafft viel Klee und Heu
KALI kräftigt die Pflanzen gegen Frost, Krankheiten, Schädlinge.

Darum muß jeder Landwirt das bewährte deutsche Kalisalz enthaltend 30% u. 40% Kali, sofort bestellen, damit es rechtzeitig zur Stelle ist.

Total-Ausverkauf
wegen Liquidation.

Zu diesen Preisen müssen Sie kaufen, selbst wenn Sie das Geld dazu borgen.

Schuhcreme „Eos" . . .	früh.	0.65	jetzt	0.25
Kinderstrümpfe „Patent"	„	1.25	„	0.45
Damenhüte „Samt" . .	„	6.50	„	0.95
Damenstrümpfe „Flor" .	„	2.95	„	0.95
Damenhüte „Filz" . . .	„	8.50	„	2.95
Damenstrümpfe, Waschseide	„	4.95	„	2.95
Kinderstrickjacken, Pullower	„	8.50	„	3.95
Kinderschuhe „Ledersohle"	„	6.50	„	3.95
Damenschuhe „Bat'a" . .	„	18.50	„	5.95
Damenhausschuhe, Restpaare	„	12.50	„	5.95
Kinderstiefel „auch Lack"	„	16.50	„	7.95
Damen-Lederschuhe „Bat'a"	„	28.50	„	9.75
Kinder-Mäntel „gefüttert"	„	35.00	„	9.75
Herrenstiefel „Handarbeit"	„	35.00	„	19.50
Damenschuhe „Lack" . .	„	35.00	„	19.50
Damenmäntel „Seidenfutter"	„	48.50	„	19.50
Damenmäntel „mit Pelz"	„	78.00	„	38.50
Damenmäntel „Ia Rips"	„	118.00	„	58.00
Damenmäntel „Modelle"	„	198.00	„	98.00

1837

Mercedes, Mostowa 2.

Billiges Fleisch!

Ab Mittwoch, d. 5. d. M. werden zu sehr billigen Preisen Abfälle von Schweine-Exportschlächterei verkauft, und zwar:

Filets . . . zł 1.70
Liesen . . . zł 1.65
Kleinfleisch zł 1.15
usw. usw. 657

Gdańska 45. Stefan Kucharski.

Trockene
Felgen und Speichen, trockenes Hartholz

in Bohlen und Brettern, auch Kiefern-Schnittmaterial verkauft günstig

K. Suligowski, Nutzholzhandel, **Bydgoszcz,** Chodkiewicza 34 (früher Bleichfelderweg). 1409

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, den 9. Febr. 30. (5. S. n. Epiph.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehaus. Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Pfr. Wurmbach.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pfarrer. Klar, Wtelno. 11¼ Uhr Kdr.-Gottesdst. Montag, abds. 8 Uhr Uebungsstunde des Kirchenchors. — Dienstag, abds. 8 Uhr. Vereinsstunde des Jungmänner-Vereins.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Laffahn. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst, Nachm. ½4 Uhr Jugendbund. Nachm. 5 Uhr Erbauungsstunde u. Blaukreuzversammlung.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst. 11½ Uhr Christenlehre. Freitag abds. 7 Uhr Bibelstunde, Pfarrer Paulig.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdst., Prediger Weiplema. — Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft, Fischerstraße (Marcinkowskiego) Nr. 8b. Vorm. 9 Uhr: Gebetstde. Nachm. 2 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 3½ Uhr: Jugendbundstunde. Nchm. 5 Uhr: Evangelisation, Pfr. Hesekiel. Mittwoch, abds. 8 Uhr Bibelstunde.

Baptisten-Gemeinde. Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker, Vorm. 11 Uhr: Sonntagschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, — Nachm. 5½ Uhr Jugendverein. Donnerstag, abds. 7½ Uhr Bibel- u. Gebetstunde.

Prinzenthal. Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst. — Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde in Blummes Kinderheim.

Jägerhof. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Kl. Bartelsee. Vorm. 10 Uhr Gottesdst,* ½12 Uhr Kindergottesdienst — Nachm. 4 Uhr Frauenhilfe-Versammlung.

Schröttersdorf. Vrm. 11 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Mittwoch, nachm. ½5 Uhr Frauenversammlung.

Cielle. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst. ½12 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 2 Uhr Jungmänner-Versammlung.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. — Nachm. 3 Uhr: Jünglings- und Jungfrauenverein. Mittwoch, abds. 6 Uhr Bibelstunde.

Osielsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst.

Fordon. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Otteraue - Langenau Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Abendmahl.

Schubin. Nachm. ¼4 Uhr Gottesdienst, anschl. Jünglingsverein, Pfarrer Riebenhauer.

Znin. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Grünkirch. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Ronek. Nachm. ½3 Uhr Gottesdienst.

Güldenhof. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst, Pfr. Meyer.

Konkursmasse-Versteigerung
ul. Dworcowa 72 bei Spediteur Hartwig.

Am **Montag, dem 10. Februar,** um 10 Uhr vormittags, werde ich in einer Streitsache an Meistbietende größere Posten verschiedenen Materials verkaufen, wie:

Anzugstoffe, Damenstoffe und Leinen, wie folgt: Blusenstoffe, Voils, Tischdeckenmaterial, Perkal, Futterleinen, Rolosstoffe, Piqués, Cheviot für Anzüge und Blusen und viele andere Damen- und Herrenstoffe. 1946

Michał Piechowiak
vereidigter Lizitator und Taxator
Długa 8 Tel. 1651 Grodzka 23. Versteigerungshalle

Geldmarkt

zł 60000

zur **ersten** Stelle auf schuldenfrei. Grundstück sucht alteingeführtes Engros-Geschäft. Gefl. Angebote unt. **A. 1395** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Stellengesuche

Lehrer Absolvent d. deutschen Lehrerseminars in Graudenz, **sucht** von sofort Stellung als
Hauslehrer
Anfragen unt. **U. 722** an die Geschäftsst. d. Z.

Tücht. Landw., ev., unverh., 28 J., Poln. in Wort u. Schrift, sucht zum 1. 4. Stellung als
Beamter.
Gfl. Ang. erb. **Otto Brunk,** Słomowo, poczta Siemoń, pow. Toruń. 1937

Landwirt 25 J. alt evgl. **sucht**
Vertrauensstelle
legt selbst mit Hand an, Kapital vorh. Ang. u. **D. 1903** an d. Gst. d. Z.

Junger ev. led. **Forstm.** s. b. besch. Anspr. Stellg. als Förster, Forstgeh., Jäger oder and. Vertrauensp. zu sof. oder auch später. Ang. erb. unter **U. 1873** an die Geschäftsst. d. Bl.

Junger
Holzhändler
21 Jahre alt, v. Militärdienst entlassen, **sucht Stellung** von sofort od. später in Sägewerk oder als Abnahmebeamter. Zeugnisse vorhanden. Angeb. unter **J. 1930** an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Autoschlosser — Chauffeur
10 Jahre Chauffeurpraxis, **sucht Stellung als Chauffeur** von sofort oder auch später. 724
B. Makowski, Bydgoszcz, ulica Gymnazjalna 2.

Schmied — Maschinist
verh., 29 Jahre, sucht Dauerstellung. Bin vertraut mit sämtl. Reparaturen u. Maschinen, auch elektr. Anlagen. **Matern,** Luszkówko, poczta Zbrachlin, pow. Swiecie. 703

Gärtner
unverh., mit langjähr. Praxis, bess. Zeugnissen u. Empfehlungen, **sucht** von sofort oder später **Dauerstellung.** Gefl. Off. unt. **R. 1849** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Gärtner
selbständ., verh., ohne Fam., in älter. Jahren, langjähr. gute Zeugn., **sucht** von sof. od. 1. 4. 30 **anderweit. Stellung** in Zuckerfabr. od. a. größ. Gute, a. als Leit. einer Handelsgärtn. Gfl. Off. **u. F. 623** a. d. Gst. d. Z. erb.

Verh. Gärtner
mit 2 od. 3 eigen. Hilfen **sucht** zum 1. April 1930 **dauernde Stellung,** am liebsten wo Treibhaus ist. Langjährige gute Zeugnisse stehen z. Verfügung. Angebote erbeten **Jędrzejewski,** Bagno p. Jamielnik, pow. Lubawa. 1862

Gärtner kath., 31 J. alt, unverh., tüchtig in Gemüse-, Blum.- u. Obstzucht, Gewächshaus u. Parkpflege, letzte Stellg. 7 Jahre, ungekünd. gt., sucht v. 1. April **Dauerstellg.** nur bei deutsch. Herrschaft. Gefl. Off. erb. **Jan Jaskólski,** Zychce poczta Konarzyny, p. Chojnice (Pom.) 721

Landwirtssohn, a. bess. Fam., evgl., 19 Jahre a., m. Vork. d. Landwirtsch., **sucht Stell.** a. ein. Gute
als Eleve
zum 1. 3. oder später Taschengeld erwünscht. Genaue Zuschrift. erb. **Bernhard Adam,** Rąbczyn, 696 pow. Wągrowiec.

Schweizer
mit sehr guten Zeugn., durchaus erfahrener Viehpfleger u. Kälberzüchter sucht Stellung ab 1. 4. 30. Angeb. u. **C. 1823** a. d. G. d. Z. erb.

Lediger Schweizer
29 J. alt, sucht sof. Stellung. Gute Zeugn. vorh. Off. u. **M. 653** a. d. G. d. Z.

Junger Mann, der mit Pferd. arbeit. kann, **sucht Stellung.** Off. u. **R. 662** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gebildete Dame
sucht Stellg. bei älter., gutsit., geb. Herrn zur Wirtschaft und Gesellschaft. Kleines Gehalt. Offerten unter **T. 716** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gebild., junges **Fräulein** **sucht Vertrauensstellg.** in gutem Hause. Gute Referenz. vorhanden. Offerten unter **G. 625** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Aelt. Fräulein, evang., **sucht** v. 15. 2. **Stellung als Köchin** in Bydgoszcz, auch in frauenl. Haushalt. Offert. unt. **D. 616** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Aelt., christliche **Witwe** ohne Anh. **sucht Stellg.** vom 1. 3. **als einfache Wirtin,** ganz gl. Stadt od. Land, a. liebst. i. frl. Haush. Erf. i. all. Zweig. d. Wirtsch. Off. u. **J. 697** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jung. Mädchen, 24 J., kath., 5½ J. in ein. Stelle a. Köch. tätig, sucht von sof. od. spät. **Stellg.** als
selbstd. Köchin
i. d. Stadt od. a. **junge Wirtin** auf dem Lande, mögl. in deutsch. Hause. **A. Mach, Ostaszewo,** pow. Toruń. 1894

Ev. bess. Mädch., Waise mit Näh- u. Handarb.-kenntniss. **sucht** vom 1. 3. **Stellung.** Off. u. **P. 712** an die Geschäftsst. d. Z.

Zu sofort od. 1. 3. 30 suche Stelle als
Stütze
Erfahren im Haushalt Kenntnisse im Kochen. Nähen u. Plätten. Gefl. Off. u. **H. 1928** an d. Geschäftsst. dies. Zeitg.

Mädchen aus be er. Fam. **sucht** v. sof. od. 15. 2. **Stellg.** bei älter. Herrschaften. Kann koch. u. sämtliche Hausarb. Gute Zeugn. vorhand. Off. u. **R. 706** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Deutsch u. poln. sprech.
Mädchen, w. selbstd. kocht und alle Hausarb. übern., **sucht** v. sogl. o. 15. **Stelle.** Off. u. **M. 702** a. d. G. d. Z.

Besseres Fräulein mit Nähkenntniss. **sucht Stellung** in der Stadt oder aufs Land. Offert. unt. **S. 666** an die Geschäftsstelle die er Ztg.

Suche f. meine Schwest. **Lehrstelle** z. Erlern. der Wirtschaft mit all. vork. Arbeiten, am liebst. auf ein. Gute. Off. u. **B. 678** an d e Geschäftsst. d. Z.

Auf welch. größ. Gute kann jg. evgl. Mädchen, 25 J. alt, vom 1. 4. die
Wirtsch. erlernen?
Tascheng. erw. Freundl. Zuschr. unt. **G. 691** a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Auf welch. größ. Gute kann **jung. ev. Mädchen,** 25 J. alt, v. 1. 4. od. spät. die **Wirtschaft erlern.?** Taschengeld erwünscht. Freundliche Zuschriften unter **R. 713** an die Geschäftsstelle d. Z. erbet.

Offene Stellen

Suche zum 1. April
Hauslehrer
für drei Jungens (2., 3., 4. Schuljahr). 1918
Frau **von Gordon,** Laskowice (Pomorze).

Größer. Fischereiunternehmen sucht einfach., alleinst., evgl., zuverlässigen
Herrn
möglichst mit etwas Kaution. Selbiger muß der deutschen u. poln. Sprache mächtig sein u. auch Buchführung verstehen. Meldungen mit Gehaltsansprüch. sind unter **R. 1861** an die Geschäftsst. d. Z. zu richt.

Modelltischler
verlangt **H. Poppe,** **Bydg.,** Sowinskiego 20. 683

Stenotypistin

flotte, zuverlässige Kraft zum baldigen Antritt **gesucht.** Bewerberinnen, welche in der Lage sind, Briefe aus dem Polnischen in die deutsche Sprache zu übersetzen, erhalten den Vorzug.

Bewerbungen mit genauem Lebenslauf, möglichst mit Lichtbild, unter Angabe der Gehaltsansprüche sind zu richten an: 1926

Przemysł Drzewny Hermann Schütt Czersk/Pomorze.

Eine Brotbäckerei mit 2 Auszugsöfen sucht einen tüchtigen
Backmeister.
300 zł Raut. erforderlich. Off. unt. **K. 1938** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche zum 15. 2. einen unverheirat., fleißigen
Gärtner
der in Treibhauskultur und Gemüsebau erfahren ist. Meldung. m. Zeugnisabschriften u. Gehaltsang. an 1900
Frau **Borrener,** **Grzywna Szl.** bei Chełmża.

Unverh. Gärtner
stellt zum 1. 4. 30 ein. **Dom. Lachmirowice,** pa. Włostowo, p. Strzelno.

Lehrling
der d. Fleischerhandw. gründl. erlern. w., mögl. von außerh., verlangt **Rud. Sommer,** ul. Gdańska 27. 656

Gärtner-lehrling
für hiesige Ritterguts-gärtnerei gesucht. 1947
Bastian, Obergärtner, Żórawia bei Kcynia, pow. Szubin.

Zum 15. 2., auch später wird f. groß. Beamtenhaush. eine einfachere
Wirtin
nicht unter 25 Jahren, gesucht. 636
Gutsverwaltg. Wiglza, Swierczynki (Toruń)

Suche z. 1. März ältere erfahrene
Wirtin.
Zeugnisabschriften sowie Gehaltsanspr. send. Frau **Fr da Wiebe,** **Janiszewo** b. Pelplin pow. Gniew. 1932

Bess. evangel. Mädchen f. deutsche Dame gesucht. Näh. **Paderewskiego 32,** I r. Tel. 742. 719

An- u. Verkäufe

Hervorrag. solid. geb. **Villa,** 10 Z., all. Komft. (Zentralhz., Warmwss. Gart., Garage in Bydgoszcz z. verk. Nur ernstgem. Refl. woll. s. meld. u. **E. 687** a. d. Geschst. d. Z.

Grundstück
pow. Brodnica, dicht an ev. Kirche u. Chauss., 2½ Morg. gut. Bod. nebst 9 Morg. Pachtl., gt. Geb., 100 Zł. Nebenm., 1 Pf., 2 Kühe usw. f. 8000 Zł. vrk. d. **A. Knodel, Grudziądz,** Kwiatowa 13. 1927

Molkerei-Gebäude
massiv, mit Garten und Schmiede, für Möbelfabrik usw. geeignet, hier geleg., verk. unter günstig. Beding. 1934
J. Jastak, Cekcyn (Pomorze).

Flottgeh. Lebensm.-Engros-Geschäft
mit sämtl. Zubeh., Magaz., Keller, Kont., Tel., Wohnung, krankheitsh. billig ab ugeben. Off. unt. **Z. 8676** an Ann.-Exp. **Wallis, Toruń.** 1922

Gastwirtschaft
pow. Działdowo, große Zukunft, m. 55 Morg. Mittelbod., dav. 5 Morg. Wiese, 5 Mrg. Stangenwald, 3 Pf., 5 Rind. usw. für 25000 Zł. verkäufl. d. **A. Knodel, Grudziądz,** Kwiatowa 13. 1926

Verkaufe
Gastwirtschaft
in Pommerellen mit Kolonialw.-Gesch., voll. Aussch., Saal, 17 Morg. Land, Weizenbod. Pr. 40000 Zł., Anzahlg. nach Vereinbarung. Angeb. unter **M. 1950** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Belgischer Deckhengst
mit Abst.-Papier., gekört, 9 J. alt, Grauschimmel, 1,67 gr., treu, zuverl. im Zug, lammfromm, 1a Gebäude, weg. eigen. Nachzucht preiswert zu verk. 1916
Zuchtgut Dobrzyniewo v. Wyrzysk.

6 jähr. Kuh 1939
(frischmilchend) zu verk. **Feldt,** Gasthaus, **Mieczkowo,** pw. Szubin

Gesunde Katzen
zu kaufen gesucht. 1933
von Witzleben, Słoszewy, p. Małki (Pomorze).

Rassegeflügelzucht
gelbe Orpingt., Rhodeländ., Legehorn, Zuchthähne 15—30 zł, **Peking-Enten, Rouen-Enten, Deutsch. Doggenzwinger „Sarmatia",** zeitweise **Jungtiere** (Schäferhunde S. V.), registriert a. d. Landw.-Kammer, vielfach präm., auf der Landesausstellg. große u. kleine Silb. Medaille.
F. M. Reibe Nowawieś p. Dąbrowa, Kr. Mogilno. 1943

Eine Anzahl in- und ausländischer neuer und gebrauchter
Harmoniums
empfiehlt 1094
B. Sommerfeld, Pianofabrik ul. Sniadeckich 56.

Klavier, deutsch. Fabrik., kreuzsait., schwarz, wie neu, billig zu verkaufen. 723
Kaczmarek, Długosza 16, 2 Treppen.

Birkenstühle und Tisch
z. antik. Biedermeierz. zu kauf. gesucht. Ang. u. **H. 8675** an Ann.-Exp. **Wallis, Toruń.** 1919

Masken-Anzug Silberschuhe Nr. 36
zu verkaufen 586
Jagiellońska 44, 1 Tr. r.

Suche 3000 Zentner
Fabrik-kartoffeln
zu kaufen. 1948
Pampe, Tuszkowo, pow. Wyrzysk.

Stroh
(Rogg.-, Haf.- u. Gerst.-Stroh) zu verkauf. 718
Zamczysko bei Myślecinek, pow. Bydgoszcz.

Wohnungen

Ein leeres Zimmer
zu miet. gesucht. Off. u. **S. 714** an d. Geschst. d. Z.

Pachtungen

Pacht 1500 Morg.
m. Brennerei-Uebern., 125 00 Zł., vom Besitzer. Off. **Derfert, Bydgoszcz,** Jacirze 4. 720

Violin-, Klavierunterricht, Theorie ert. grdl., bill. gepr. Org. **Pomorska 49/50, Gth. II, l** 1785

Ratten- u. Mäuse-mittel „Nie versagt"
Apotheke Radzyn (Pom.). Tel. 19. 1942

Repariere gefallene Maschen von Strümpfen
715 **Podwale 18.**

Ia Landleberwurst und täglich frische 1436 **Wiener Würstchen** empf. **Eduard Reeck,** Sniadeckich 17, Ecke Sienkiewicza.

Die Domäne Schaplitz

im Kreise Danziger Höhe soll nach Abtrennung von Siedlerstellen als **Restgut** vom 1. Juli 1930 ab, eventuell auch schon früher, auf 18 Jahre **neu verpachtet** werden.

Größe etwa 1.200 pr. Morgen, 5 km Chaussee bis zur Bahnstation Kahlbude. Erforderliches Vermögen etwa 70.000.— G.

Bietungsregeln und Pachtbedingungen können bei uns eingesehen bezw. von uns erfordert werden.

Schriftliche **Angebote sind bis zum 1. April 1930** an uns einzureichen. Besichtigung der Domäne nach vorheriger Anmeldung dortselbst oder bei uns gestattet.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Domänenverwaltung. 1272

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.

Freitag, den 7. Februar Abends 8 Uhr
Neuheit! Neuheit!

Damals in Jena
(Es kam ein Bursch gezogen).
Singspiel in 3 Akten von Ernst Neubach u. Ernst Wengras. Musik von Fredy Raymond.
Freier Kartenverkauf Freitag ab 7 Uhr an der Theaterkasse.

Sonntag, 9. Februar nachmittag 3 Uhr auf vielseitigen Wunsch **zu kleinen Preisen**
Fremden- u. Volksvorstellung
zum unwiderruflich letzten Male:
„Friederike"
Ein Singspiel in 3 Akten von Ludwig Herzer u. Fritz Löhner. Musik v. Franz Lehár.
Abends 8 Uhr
Neuheit! Neuheit!
Damals in Jena
Es kam ein Bursch gezogen.
Eintrittskarten in Johne's Buchhandl. u. am Tage der Aufführ. von 11—1 u. 1 Stunde v. Beginn d. Aufführg. an der Theaterkasse.
Die Leitung.